Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leipzigerstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Zünftigsten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71. Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leipzigerstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 2. September 1931 | 11. Jahrgang Nr. 170

Pakt Stegerwald–Leipart!

Inhalt der Notverordnung wird auf dem ADGB-Kongreß nicht bekanntgegeben — Antwortet den Lohnraubagenten des ADGB-Kongresses mit der Organisierung des Kampfes gegen Hungersnot-Verordnung und Faschismus!

(Eig. Meldung.) Berlin, 1. September.

Der von dem christlichen Arbeitsminister Stegerwald auf dem Kongreß der Lohnraubgewerkschaften angekündigte neue Hungerfeldzug gegen das werktätige Volk ist in all seinen Einzelheiten bereits zwischen Leipart und Stegerwald besprochen worden. Aus den Reihen der Kongreßbesucher erfährt man, daß der Minister Stegerwald den ADGB-Bonzen Leipart über den Inhalt der neuen Notverordnung unterrichtet hat, jedoch soll über den Inhalt auf dem ADGB-Kongreß selbst nicht gesprochen werden und die Reichsregierung hat die Zusicherung gegeben, die Notverordnung erst nach Beendigung des ADGB-Kongresses zu veröffentlichen.

Die ADGB-Bonzen wagen es, mit dem Vertreter der Brüning-Regierung in schamloser Weise einen Pakt abzuschließen, der nichts anderes bedeutet, als neuen Lohnraub, Erhöhung der Steuern für die Werktätigen, weitere Abzüge der Erwerbslosenunterstützung. Deutlicher kann wohl kaum die Tatsache, daß die ADGB-Führer die Organisatoren des Lohnraubes sind, unterstrichen werden. Aber die Mitglieder in den freien Gewerkschaften werden diesen Bundesgenossen der Hungernotverordnungen einen dicken Strich durch die Rechnung machen. Die bankrotten Betrüger an der deutschen Arbeiterklasse müssen hinweggefegt werden. Gemeinsam mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen die gewaltigen Kämpfe gegen Lohnraub, Hungersnotverordnung und Faschismus organisiert und geführt werden.

Es ist kein Zufall, daß in Frankfurt der gleiche Pakt, wie auf dem Parteitag der SPD in Leipzig abgeschlossen wurde. In Leipzig war es der preußische Ministerpräsident Braun, der über den Inhalt der Notverordnung informiert war, aber auf dem Parteitag auf die Abmachung mit der Reichsregierung bestand, über den Inhalt der Notverordnung nicht zu sprechen, da dieselbe erst nach dem Parteitag veröffentlicht werden sollte.

Die Linie der stärksten Mitarbeit der ADGB-Bonzen bei der Ausplünderung der werktätigen Massen wird noch dadurch unterstrichen, daß Leipart gezwungen war, in seinem Geschäftsbericht zuzugeben, daß alle Bestrebungen des ADGB auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik einzuwirken, erfolglos waren. Wörtlich sagte er:

„Noch erfolgloser waren unsere Bemühungen in den letzten Monaten, an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik, tätig mitzuwirken."

Diese offene Bankrotterklärung versuchte Leipart dann nach der Diskussion in seinem Schlußwort abzuschwächen, indem er erklärte:

„Der Verlauf der Debatte ist ein eindeutiges Vertrauensvotum für den Bundesvorstand. Ich sage erneut: Ihr dürft draußen nicht die Stimmung aufkommen lassen, daß alle Hoffnungen auf den Bund gesetzt werden. Die Ausführung dessen, was der Bund empfiehlt, liegt in den Händen der Verbände. Man sagt, wir seien mitverantwortlich mit der SPD für die jetzige Politik. Wir lehnen diese Verantwortung nicht ab und tragen sie mit der SPD zusammen. Wir beanspruchen das Verdienst dafür, daß Faschismus und Kommunismus ihre verbrecherischen Ziele nicht erreicht haben. Wir wollen alles tun, dies auch weiter zu verhindern (Beifall eines Teiles der Delegierten). Am Bürgerkrieg haben wir kein Interesse."

Die Paktgenossen

Stegerwald,
Reichsarbeitsminister (Zentrum)

Leipart,
ADGB-Vorsitzender (Sozialdemokrat)

„Linker" SPD-Bonze und Brandlerist für Leipart

Von der Diskussion zum Geschäftsbericht Leiparts auf dem ADGB-Kongreß ist bemerkenswert, daß der Brandlerist Kraus, Stuttgart, eine wüste Hetzrede gegen die RGO hielt und der „linke" sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ziegler mit der Resolution des Bundesvorstandes sich einverstanden erklärte. Ziegler gebrauchte in seiner Rede heuchlerische radikale Phrasen, die die Tribünenbesucher zu Beifallskundgebungen veranlaßte. Doch bei der Abstimmung über die Resolution des Bundesvorstandes stimmte Ziegler und der Brandlerist Kraus für diese Resolution, die einstimmig angenommen wurde.

Nach Erledigung des Berichts hielt Prof. Lederer einen Vortrag, in dem er die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich als Rettungsmittel empfahl.

Die Lügner

Die sozialfaschistische Presse gibt sich die verzweifeltste Mühe, den Anschein zu erwecken, als führten die Lohnraubgewerkschaften und insbesondere ihre Bonzen auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß einen Kampf gegen die auf ihrem Kongreß von Stegerwald proklamierte Notverordnungspolitik der Brüning-Regierung. Daß das ein ausgemachter Schwindel ist, kann man in dem Organ des Zentralverbandes der Angestellten „Der freie Angestellte", Ausgabe vom 1. September 1931 nachlesen. Dort beginnt ein Artikel, betitelt „Der freie Angestellte steht sich um" folgendermaßen:

„Niemand wird behaupten können, daß Gewerkschaften und SPD der Regierung Brüning Steine in den Weg werfen wollen. Niemand wird behaupten können, daß die Gewerkschaften und die Partei, die die Partei der Massen ist, die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage verkannt hätten."

Alle sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten mögen sich diese Worte gut merken. Sie sind eine klatschende Ohrfeige in das heuchlerische Gesicht der Streikbruchorganisatoren des ADGB.

Nach 35jähriger Mitgliedschaft von der SPD zur KPD übergetreten

Am 22. August traten in Mittelstein (Schlesien) nach einer Parteiversammlung 14 Arbeiter in die KPD ein. Genosse Richard Mann, Junschendorf, der seit 1896 in der SPD organisiert war, vollzog in dieser Versammlung seinen Uebertritt.

In Oels (Schlesien) wurden in einer Versammlung am 24. August 6 Aufnahmen für die Partei gemacht. Darunter sind 2 Genossen, und zwar Genosse Mikulsky (Niederbriese) und Kroll (Oels), die beide seit 1918 in der SPD waren.

Aber auch aus den Hilfsorganisationen der SPD laufen die Arbeiter in Scharen davon. So traten allein in dem kleinen Großstädtein (Sachsen) 42 Mitglieder des Bundes sozialistischer Freidenker zum Bund proletarischer Freidenker über.

Ein ungeheuerlicher Anschlag

Alarm! Erwerbslose! Betriebsarbeiter!

Halle, den 2. September.

Soeben erhalten wir die alarmierende Meldung, daß in Hallescheu Betrieben Bekanntmachungen ausgehängt worden sind, die folgenden Wortlaut haben:

„Vom Arbeitsamt wird uns mitgeteilt, daß mit Wirkung vom 1. September ab Kurzarbeiterunterstützung nicht mehr gezahlt wird."

Wenn das zutrifft, so würde das ein ungeheuerlicher Anschlag auf die erbärmliche Lebenshaltung der überwiedenden Anzahl der Hallischen Arbeiterschaft, die noch das „Glück" hat, in den Betrieben zu stehen, bedeuten, da dreiviertel der Hallischen Betriebsarbeiter heute nur noch drei Tage arbeiten und völlig auf die Kurzarbeiterunterstützung angewiesen sind. Nehmt sofort in Belegschaftsversammlungen Stellung.

Zuckerbrot und Hungerpeitsche

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat die „Tribüne" des ADGB-Kongresses benutzt, um den Inhalt der von der Brüning-Regierung geplanten neuen Notverordnungen teilweise bekanntzugeben. Stegerwald erklärte es für unmöglich, die bisherigen Leistungen der Sozialversicherung aufrecht zu erhalten, obwohl sie doch schon durch die Notverordnung vom 5. Juni rücksichtslos herabgesetzt worden sind. Es ist also ein weiterer Abbau der sozialen Leistungen geplant und nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse sollen sogar die Leistungen der Invalidenversicherung beschnitten werden.

Die einschneidendsten Maßnahmen sind aber auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung geplant, und Stegerwald hat geradezu unheimliche Pläne bekanntgegeben. Er erklärte, daß es bei Aufrechterhaltung der jetzigen Leistungen zwei Milliarden kosten würde, um die Arbeitslosen bis zum 31. März 1932 zu unterstützen. Was sind zwei Milliarden? Allein die Sanierung der Großbanken und die anderen Maßnahmen nach dem Zusammenbruch der Danatbank haben der Reichskasse über eine Milliarde gekostet. Reichswehr und Polizei verschlingen weit über zwei Milliarden jährlich, der Wehretat beträgt 800 Millionen. Das sind einige Vergleichsmaßstäbe. Zur Unterstützung der Arbeitslosen im kommenden Winter will man aber nicht einmal zwei Milliarden bewilligen.

Der entscheidende Teil der Stegerwald-Rede lautet:

„Es wird bei solcher Sachlage vornehmlich zu prüfen sein: 1. Inwieweit Arbeitszeitverkürzungen ohne starke Gefährdung der Ausfuhr durchgeführt werden können. 2. Inwieweit periodische Auswechslungen einzelner Belegschaftsmitglieder mit Arbeitslosen möglich sind, um die Last der Arbeitslosigkeit gleichmäßiger zu verteilen, ohne daß dadurch allerdings die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gestört oder eine Vermehrung der Kosten der Arbeitslosenversicherung herbeigeführt werden dürfte. 3. Inwieweit eine noch stärkere Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen möglich ist. 4. Ob in den größeren Städten Volksküchen einzurichten sind. 5. Inwieweit eine Naturalverpflegung zur Einführung gelangen kann.

Von den 2 Milliarden Mark für die Arbeitslosen, die bis 31. März 1932 verfügbar sein müssen, dürften ungefähr 500 Millionen Mark an Mieten verausgabt und die restlichen 1500 Millionen Mark zu 80 Prozent für Lebensmittel und Kohlen benötigt werden. Gegenwärtig sieht die Sache so, daß der Verbraucher häufig doppelt soviel für Lebensmittel bezahlt, als der Erzeuger erhält. Diese Praxis kann im nächsten Winter gegenüber den Arbeitslosen nicht durchgehalten werden. Die Städte werden Vorkehrungen treffen müssen, wonach für die Arbeitslosen die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu verbilligten Preisen erhältlich sind."

Durch die hier angekündigten ungeheuerlichen Maßnahmen sind nicht nur die Arbeitslosen, sondern genau so die betriebstätigen Arbeiter sowie auch die kleinen Händler und Kleingewerbetreibenden bedroht. Stegerwald

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310902-19/fragment/page=0001

hat die Vorschläge der Großagrarier übernommen, die schon vor Wochen die Aufhebung der geldlichen Arbeitslosenunterstützung und ihren Ersatz durch eine „Notspeisung" forderten. Die Großagrarier wollen dadurch ihre unverkäuflichen und minderwertigen Vorräte zu fetten Preisen los werden. Auch der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in seiner Denkschrift an die Brüning-Regierung solche Vorschläge gemacht. Den Großindustriellen kommt es vor allem darauf an, den Arbeitslosen die Unterstützung zu nehmen, damit sie durch den Hunger und den grimmigsten Mangel am Notwendigen gezwungen werden, sich zu jedem Schundlohn dem Unternehmertum anzubieten. Bisher haben sich trotz ihrers Hungerleidens die Massen der Arbeitslosen nirgends zu Streikbrechern machen lassen. Deshalb fordert das Unternehmertum immer schärfere Maßnahmen, um seinen Zweck zu erreichen. Dadurch werden auch die betriebstätigen Arbeiter immer mehr bedroht und zu allem kommt noch der Vorschlag des periodischen Aussetzens der Arbeiter, ein Vorschlag, mit dem man einesteils den Arbeitslosen Hoffnungen machen und andersseits die betriebstätigen Arbeiter einschüchtern will. Durchgeführt soll diese Maßnahme nur dort werden, wo es für den Unternehmer vorteilhaft ist, und die Arbeitslosenversicherung darf nicht belastet werden. Das heißt, daß diejenigen Arbeiter, die zum Aussetzen gezwungen werden, keine Unterstützung erhalten sollen.

Naturalverpflegung anstatt geldlicher Arbeitslosenunterstützung ist ein unerhörter Schlag auch für die kleinen Händler, Bäcker, Schneider usw. Stegerwald sprach ausdrücklich von der Ausschaltung des Zwischenhandels. Die „Rohstoffe" zu der beabsichtigten Naturalverpflegung sollen von den Großagrariern und Großproduzenten geliefert werden. Die Kleinhändler und Kleingewerbetreibenden, die heute schon infolge der fürchterlichen Not der Arbeiter sich nicht mehr das Notwendigste zum Leben kaufen können, schwer getroffen sind, werden noch mehr geschädigt, und die Zahl derjenigen, deren Existenz völlig vernichtet wird, wird immer größer werden. Die Pläne der Brüning-Regierung richten sich gegen das gesamte arbeitende Volk.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie hat in Frankfurt a. M. zu der Rede Stegerwalds Beifall geklatscht. Die SPD-Führerschaft wird allen ihren Einfluß aufbieten. Wie auf dem Leipziger Parteitag der SPD die SPD-Führer ihre Zustimmung zu der entsetzlichen Notverordnung vom 5. Juni gegeben haben, so hat der ADGB-Kongreß bereits seine Zustimmung zu den kommenden neuen Notverordnungen erklärt. Die ADGB-Führer wollen die 4,5 Millionen Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften als Hilfstruppen der Bourgeoisie gebrauchen. Aber die Arbeiter werden den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern nicht folgen, sie werden sich wehren.

In den nächsten Tagen wird sich der große Angriff der Bourgeoisie entfalten: Lohnabbau in den Betrieben, Unterstützungsabbau für die Arbeitslosen, neue Lasten für alle Werktätigen.

Es liegt jetzt mehr als je im Lebensinteresse der gesamten Arbeiterschaft, daß jede Belegschaft den Lohnabbau durch den Kampf abwehrt. In jedem Betrieb muß der Unternehmer-Angriff zurückgeschlagen werden.

In einer Zeit, wo man die Arbeitslosen auf eine „Notspeisung" verweisen will, zwingt die eiserne Notwendigkeit dazu, auch den Kampf gegen Stillegungen und Massenentlassungen mit verdoppelter Energie zu führen. Das gesamte werktätige Volk muß sich vereinen in der Forderung auf Fortführung der Betriebe, auf volle Beschäftigung aller Arbeiter ohne Rücksicht auf kapitalistische Profitinteressen.

Solange aber die Bourgeoisie noch Millionen von Arbeitern den Zutritt zu den Arbeitsstätten verwehrt, muß um menschenwürdige Unterstützung für alle Arbeitslosen und für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit gekämpft werden. Die Bourgeoisie hat mit Hilfe der SPD-Führer die bestehende Arbeitslosenversicherung vollständig durchlöchert, sie soll jetzt ganz zertrümmert werden und nichts soll übrigbleiben, als die Beitragszahlung der Arbeiter. Das werktätige Volk kämpft um eine andere Arbeitslosenversicherung, um eine Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer und des Staates, die allen Arbeitslosen für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit eine menschenwürdige Unterstützung gewährt.

Angesichts eines neuen großen Angriffes der Bourgeoisie gilt es jetzt, die rote Einheitsfront des werktätigen Volkes fester zu schließen und unter Führung der KPD und RGO allen neuen Verschlechterungen einen unüberwindlichen Damm entgegenzusetzen, sowie alle Kräfte einzusetzen, um die Forderungen des werktätigen Volkes durchzusetzen, die Bourgeoisie mit wuchtigen Schlägen wieder Schritt für Schritt zurückzuschlagen bis zum vollen Sieg des arbeitenden Volkes.

Preußische Regierung entläßt 1200 Bergarbeiter

Die Preußische Bergwerks-AG Recklinghausen hat die Entlassung von 1200 Bergarbeitern angekündigt. Auf der Schachtanlage Zweckel sollen 600, auf der Zeche Waldtrop 75 und auf den Doppelschachtanlagen Bur und Gladbeck 525 entlassen werden. Außerdem werden wie bisher wöchentlich zwei Feierschichten gefahren.

Die Preußischen Staatszechen unterstehen der Preußischen Regierung.

Millionenarmee der Jugend!

Heraus zum Internationalen Jugendtag am 6. September!

In den Städten und Dörfern Deutschlands, wie in allen Ländern der Welt wird am kommenden Sonntag unter Führung der Jungkommunisten die junge Generation des Proletariats demonstrieren.

Die Lohnabbau- und Hungeroffensive der deutschen Kapitalisten ist in vollem Gange. Durch neue Notverordnungen soll der Lohn abgebaut, die Unterstützung gekürzt, sollen alle sozialen Ausgaben rücksichtslos gestrichen werden. Am härtesten von allen Schichten wird die werktätige Jugend getroffen.

Darum demonstriert am 6. September die **Jugend der Großbetriebe** gegen den neuen unverschämten Lohnraub.

Mit uns demonstriert die **erwerbslose Jugend**, die ohne Unterstützung, ausgehungert, mit zerrissenen Schuhen und zerlumpten Kleidern, ohne Hoffnung, in diesem System jemals Arbeit zu erhalten, jetzt mit Bettelsuppen abgespeist werden soll.

Alle Schichten der werktätigen Jugend kämpfen mit uns gegen die durch Notverordnung erlassene „freiwillige Arbeitsdienstpflicht". Für Wassersuppen und Kartoffeln soll die Jugend, wie in einer Sträflingskompanie, zu Streikbrechern und Lohndrückern degradiert werden. So wollen es die Kapitalisten und alle ihre Parteien und Jugendorganisationen von den Nazis bis zur Sozialdemokratie.

Wir rufen auch, **christliche Jungproleten**, die ihr unter der Notverordnungspolitik des Zentrumskanzlers Brüning genau so leiden wie wir. Her zu uns! Marschiert in unseren Reihen zum Kampf für Arbeit und Brot!

Mitglieder der Hitler-Jugend und des Jungstahlhelms, erkennt den Verrat eurer Führer! Für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes für die Zerreißung des Versailler Sklavenpaktes und des Young-Plans könnt ihr mit Erfolg nur unter Führung der Kommunisten kämpfen.

Sozialdemokratische Jungarbeiter! Durch den Verrat eurer Führer ist eurer Vertrauen zu SPD und SAJ erschüttert! Entscheidet euch gegen Wels und Ollenhauer, die mit den faschistischen Jugendorganisationen zusammen im Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände sitzen. Kämpft gegen diese Schrittmacher des Faschismus, die alle Notverordnungen Brünings, auch die gegen die proletarische Jugend, billigen. Schmiedet die proletarische Einheitsfront für die Jungkommunisten.

Her zur Jugend Karl Liebknechts!

Junge Kollegen in den reformistischen Lohnabbaugewerkschaften! 50 000 Jugendliche haben im Jahr 1930 die Gewerkschaften verlassen, weil sie den Verrat der Führer erkannten. Der jetzt stattfindende ADGB-Kongreß in Frankfurt setzt die Politik des Arbeiterverrats fort. Erfolgreich gegen Massenentlassungen und Lohnraub könnt ihr nur unter Führung der RGO und der roten Gewerkschaften kämpfen.

Ihr Millionen Jungproleten, kämpft mit uns gegen den Polizeiterror, gegen die Mord- und Verbotshetze, für die Verteidigung der KPD.

Während wir den Jugendtag in Deutschland im Zeichen der Notverordnungen und Verbote begehen, marschiert in der Sowjetunion unter der Führung der 5 Millionen Komsomolzen die neue befreite Generation für den Aufbau des Sozialismus. Der russischen werktätigen Jugend unseren flammenden Gruß. Alles zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes der werktätigen Jugend der ganzen Welt!

Heraus zum internationalen Kampftag der Jugend gegen imperialistische Kriegsgefahr und Faschismus!

Kämpft gegen die Arbeitsdienstpflicht, gegen Notverordnungen und Unterstützungsraub, gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Fordert mit uns Unterstützung für alle Jungerwerbslosen, den Sechsstundentag mit vollem Lohnausgleich, vier Wochen Urlaub!

Nieder mit dem kapitalistischen System!

Es lebe der Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit, für ein freies sozialistisches Deutschland!

Tretet ein in den Kommunistischen Jugendverband!

Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands

Sie verhöhnen ihre eigene Verfassung!

Die Angst vor der Abrechnung — Preußischer Landtag wird nicht einberufen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 2. September

Auf Grund des von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Mißtrauensantrages gegen das Preußische Staatsministerium war zu Dienstag nachmittag 16 Uhr der Aeltestenrat einberufen worden. Obwohl Artikel 57 der preußischen Verfassung klar und deutlich bestimmt, daß ein solcher Mißtrauensantrag binnen 14 Tagen nach seiner Einbringung zur Erledigung kommen, das heißt über ihn abgestimmt werden muß, erklärte der Sozialdemokrat Dr. Hamburger im Auftrage der preußischen Regierungskoalition, daß die Mehrheit des Landtages, das heißt, Sozialdemokraten, Zentrum und Staatsparteiler auf dem Standpunkt ständen, die Frist von 14 Tagen beginne erst mit dem 13. Oktober, also in 1½ Monaten, dem Tage des von der Landtagsmehrheit beschlossenen Wiederzusammentritts des Landtages.

Der Staatssekretär Dr. Weißmann erklärte darüber hinaus, daß die Staatsregierung die Auffassung vertrete, daß solche Anträge überhaupt nur gestellt werden können, wenn der Landtag versammelt ist. Die Mehrheit des Aeltestenrates lehnte daraufhin die Einberufung des Landtages ab. Es ist das erstemal, daß der Artikel der Verfassung so ausgelegt wird.

Das ist Verfassungsbruch! Da hilft kein Drehen und Deuteln. Zuerst verantwortlich dafür ist die SPD, die „Spiegelbewahrerin der Verfassung".

Hilferding verhandelt mit Brüning

(Eig. Meldung.) Berlin, 2. Sept.

Gestern wurden als Vertreter der SPD die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Hilferding und Dr. Hertz von Reichskanzler empfangen. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als bekanntlich der deutschnationale Führer Hugenberg vor wenigen Tagen ebenfalls bei Brüning war. Die Verhandlungen der SPD mit Brüning erhalten deswegen eine besondere Bedeutung, weil, wie wir berichteten, eine Reihe bürgerlicher Zeitungen bereits vor Tagen die Ministerliste der neuen großen Koalition veröffentlichten. Hertz und Hilferding sind die Finanzschlente der SPD.

Wie es heißt, soll Brüning seine sozialdemokratischen Steigbügelhalter nur „informiert" haben. Das genügt auch völlig, um die restlose Zustimmung der Sozialdemokratie zu den neuen Notverordnungen zu erhalten. Es ist gleichgültig, ob diese Zustimmung schon in der neuen Koalition oder noch außerhalb der Regierung erfolgen wird. Der Befehlsempfang bei Brüning für die SPD soll heute fortgesetzt werden.

Franzen aus der NSDAP ausgetreten

(Eig. Drahtm.) Braunschweig, 2. Sept.

Der frühere Naziminister Franzen, von dessen Differenzen mit der Parteileitung wir bereits vor mehreren Wochen berichteten, hat gestern seinen Austritt aus der NSDAP erklärt.

Die Krise bei den Nationalsozialisten hört nicht auf. Nachdem Franzen bis vor kurzem noch von der gesamten Nazipresse als das „glänzende Vorbild eines Nationalsozialisten hingestellt worden ist, hat er jetzt dem Hitler das Parteibuch vor die Füße geworfen. Angeblich soll dieser Schritt deswegen erfolgt sein, weil Franzen mit der Absetzung des Führers der nationalsozialistischen Landtagsfraktion in Braunschweig, Groß, nicht einverstanden ist. Welchen Schwindel werden die Nazis nun erfinden, um ihren Schäflein diesen neuesten Verlust auf der langen Verlustliste der letzten Wochen begreiflich zu machen?

Sitzung des Aeltestenrates am 4. September

(Eig. Meldg.) Berlin, 1. September.

Auf kommunistischen Antrag hat der Reichstagspräsident Löbe gezwungenermaßen den Aeltestenrat des Reichstages für Freitag, den 4. September einberufen. Auf der Tagesordnung steht der kommunistische Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags.

Erwerbslose ins Gefängnis

(Eig. Drahtm.) Köln, 2. September.

Das Kölner Große Schöffengericht verhandelte heute gegen vier Arbeiter, die bei den Hungerumzügen der Erwerbslosen in Köln-Mülheim am 12. Juni festgenommen worden waren. Zwei Angeklagte mußten mangels jeglichen Beweises freigesprochen werden, ein Arbeiter erhielt 10 Monate Gefängnis, ein anderer einen Monat und eine Woche Haft.

Roter Gemeindearbeiterverband für das Ruhrgebiet gegründet!

Am Sonnabend und Sonntag tagten in Essen die Bezirksdelegierten der Gemeinde-, Verkehrs- und Transportarbeiter. Es wurde noch einmal Stellung genommen zu dem ungeheuerlichen Verrat der Verbandsbürokratie im Essener Gemeindearbeiterstreik. Einstimmig wurde dann die Gründung eines Roten Gesamtverbandes der Gemeinde-, Verkehrs- und Transportarbeiter für das Ruhrgebiet beschlossen.

Die preußische Regierung ist gestern zusammengetreten, um die Durchführungsbestimmungen zur letzten Notverordnung für die Sicherung der Etats der Länder und Gemeinden zu beraten.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in einem oberbayrischen Brikettwerk in Seeshaupt. Sieben Arbeiter wurden schwer verletzt.

Im Ruhrbergbau sollen neue Massenentlassungen in Gelsenkirchen und Essen vorgenommen werden.

Streikrüstungen im Ruhrbergbau

Schachtdelegiertenkonferenzen im Ruhrgebiet und im Wurmrevier

(Eig. Meldung.) Essen, 1. September.

Unter Führung des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands traten am Sonntag, dem 30. August, die Delegierten der Ruhrschächte in Essen zu einer Tagung zusammen. 523 Delegierte, die 133 Schächte vertraten (unter ihnen 411 gewerkschaftlich Organisierte, davon 46 Mitglieder des Bergbauindustriearbeiterverbandes und 6 des Christlichen Gewerkvereins), gelobten, ohne Unterschied der Organisation und der politischen Auffassung, alles daran zu setzen, um jeden Schacht gegen Lohnraub, für die Siebenstundenschicht freitreif zu machen. Christliche und sozialdemokratische Bergarbeiterdelegierte (und auch die zwei auf der Konferenz vertretenen Mitglieder der NSDAP) erklärten: „Wir werden diesmal kein Streikbruch begehen wie im Januar, wir werden jetzt gemeinsam kämpfen." Die Forderungen des ESBVD an den Zechenverband: „Keinen Pfennig Lohnabbau, Rückgängigmachung des im Januar durchgeführten Lohnraubs und Wiedereinführung der Siebenstundenschicht ohne Lohnabzug ab 1. Oktober" wurden zur Grundlage der Streikmobilisierung gemacht.

„Wenn der zentrale Kampfausschuß ruft, dann beginnt der Streik", ist die Losung der Ruhrschächte.

Am gleichen Tage fand auch für das Wurmrevier, in Alsdorf eine Schachtdelegiertenkonferenz statt. Der Größe des Reviers entsprechend waren 162 Delegierte anwesend, darunter christliche und sozialdemokratische Kameraden. Auch hier war die Tagung wie im Ruhrgebiet durchdrungen von dem Willen mit dem System des Lohnraubs Schluß zu machen. Ein christlicher Kamerad brachte den Willen zum Kampf auch der christlichen Kameraden zum Ausdruck, als er sagte:

„Wir christlichen Arbeiter stehen auch auf dem Standpunkt, keinen Lohnraub zu dulden, wir wollen schaffen die Einheit aller Ausgebeuteten. Auf dem Kampfboden werden wir uns zusammenfinden."

Auf beiden Konferenzen unterstrichen die Delegierten, die noch in den reaktionären Gewerkschaften organisiert sind, die Notwendigkeit der organisatorischen Organisationsarbeit in diesen Gewerkschaften. Auf der Ruhrkonferenz gaben diese Delegierten im gleichen Sinne eine Erklärung ab, worin sie sich zur Durchführung der Oppositionsarbeit verpflichteten. Nun heißt es im Sinne der Beschlüsse dieser Konferenzen den Kampf zu organisieren. Vorwärts zur Streikrüstung auch in den anderen Bergbaurevieren!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310902-19/fragment/page=0002

Slatko Schneider

Jetzt erst erreicht uns die Nachricht vom Tode Slatko Schneiders, des Sekretärs des Kommunistischen Jugendverbandes Jugoslawiens, der unter furchtbaren Qualen wenige Wochen nach seiner Entlassung aus fünfjähriger Haft in den Kerkern der faschistischen Mörder verschied.

Dieser Jugendgenosse, der kaum 20jährig, bereits eine führende Rolle im Jugendverband innehatte, der einer der aktivsten, einer der proletarischen Jugend beliebtesten Kameraden war, wurde 1926 als kräftiger und gesunder Mensch eingekerkert. Der Haß eines bankrotten, nur auf Brutalität beruhenden Polizeistaates, hat ihn in täglichen unmenschlichen Qualen zu Tode gefoltert. Seine Gesundheit wurde vollkommen zerstört. Als die Aerzte der Zagreber Klinik, die ihn während einer Ueberführung ins Zentralgefängnis nach Lepoglava untersuchten, die strikte Forderung stellten, ihn wegen schwerer Darmtuberkulose ins Lazarett zu überführen, wurde dies hohnlächelnd zurückgewiesen So mußte dieser geistig ungebrochene Führer der revolutionären Jugend kurz nachdem er aus den Schreckenskammern des jugoslawischen Kerkers in die nur relative Freiheit einer faschistischen Diktatur zurückkehrte, sein Leben beschließen, gemordet durch das System der Kerkerhölle.

Am gleichen Tage, an dem Alexander Karageorgewitsch, der König-Diktator, sein zehnjähriges Regierungsjubiläum in Zagreb beging, am 21. August 1931, wurde sein Opfer, der Jungkommunist Slatko Schneider, zu Grabe getragen. Noch auf diesem letzten Wege begleiteten ihn die Schergen der Diktatur, um festzustellen, wer diesem Sarge, der in seinem Innern einen Menschen barg, der mit der ganzen Kraft seines Daseins der Arbeiterklasse diente, zu folgen wagte.

Wenn auch den luftleeren Raum, den die Knute um diesen Sarg schuf, nur die Kühnsten zu durchdringen wagten, sind im Geiste Millionen hinter ihm geschritten. Die Jungarbeiter und Bauern Jugoslawiens, die revolutionäre Jugen der ganzen Welt ging mit ihm mit. Sie senkt an seinem Grabe einen Augenblick ihre trauerumflorten Fahnen, um sie an seinem Beispiel gestärkt kampfesmutiger wieder zu erheben.

Das Ende der Zollunion

(TU.) Genf, 1. September. Hier liegt eine Havas-Depesche vor, wonach das Gutachten des Haager Gerichtshofes über den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion zugunsten von Deutschland, jedoch zu ungunsten Oesterreichs ausgefallen sei. Es werde festgestellt, daß der Plan zwar nicht gegen die Verträge von Versailles und Saint Germain, wohl aber gegen das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 verstoße.

Der amtliche Wortlaut der Haager Entscheidung liegt noch nicht vor. Aber wie auch die Entscheidung aussehen mag, der Stab über das Zollunionsabenteuer der deutschen Außenpolitik ist längst gebrochen. Sollte die obige Havas-Meldung zutreffen, so würde das lediglich bedeuten, daß man die Zollunion von der Bildfläche streicht und Oesterreich dabei zum Sündenbock macht, um die deutschen „Gefühle" zu schonen.

Die französische Regierung bereitet zum „Schutze der französischen Schuhindustrie" einen Gesetzentwurf vor, durch welchen die bestehenden Schuhzölle um ungefähr 100 Prozent erhöht werden sollen. Die deutsche Schuhausfuhr wird dadurch aufs schwerste betroffen.

Macdona'ds Artikel-48-Diktatur

Er verlangt außerordentliche Vollmachten — Notverordnungen in Vorbereitung — Die Gewerkschaften für das „kleinere Uebel" — Macdonald wird geadelt

London, 1. September. Gestern wurden der Macdonald-Baldwin-Regierung die Vorschläge der beiden Sparkommissionen vorgelegt. Das Kabinett wird diese Vorschläge in beschleunigtem Tempo durchberaten und die beschlossenen Maßnahmen teilweise auf dem Verordnungswege unter Umgehung des Parlaments durchführen.

In der heutigen Kabinettssitzung wurde nach konservativen Pressestimmen beschlossen, vom Parlament außerordentliche Vollmachten für die Regierung zu verlangen. Es wurde ferner beschlossen, nach dem Muster der Brüningpolitik die „notwendigen Maßnahmen" durch Notverordnungen in Kraft zu setzen.

Die konservative Presse meldet zu dem Ausschluß Macdonalds aus seiner Labour-Ortsgruppe und zu dem von ihm verlangten Mandatsverzicht, daß der König beabsichtigt, Macdonald in den adligen Lord-Stand zu erheben und ihn zum Mitglied des Oberhauses zu ernennen:

„Daily Herald" meldet, daß die Vorschläge, die dem Gewerkschaftskongreß im 7. September in Bristol vorgelegt werden sollen, auch die alte konservative Forderung nach Schutzzöllen enthalten und daß der Wirtschaftsausschuß des Generalrats endgültig entschieden hat, die Einführung solcher Schutzzölle als eine der Maßnahmen gegen die augenblickliche Wirtschaftskrise zu empfehlen. Obwohl die Gewerkschaften grundsätzlich für den freien Handel eintraten, so hielten sie die Einführung eines Schutzzolls für das „kleinere Uebel".

200 Millionen Arbeitslose in China

Die Hälfte der Bevölkerung einem qualvollen Hungertode ausgeliefert

Nanking, 1. September. Ueber die Ausdehnung der Verarmung und der Arbeitslosigkeit in China geben gestern veröffentlichte Schätzungen des chinesischen Innenministeriums Aufschluß Nach diesen Schätzungen sind nicht weniger als 200 Millionen Menschen in China ohne Beschäftigung, was ungefähr die Hälfte der gesamten chinesischen Bevölkerung ausmacht.

Die Schätzungen des Ministeriums beruhen auf Berichten aus 120 von 2000 chinesischen Bezirken. Die Zahl der Arbeitslosen in diesen Bezirken beträgt über 20 Millionen. Das Innenministerium hat allen Provinzialbehörden Anweisung gegeben, „nach Möglichkeit (!) Projekte zur Arbeitsbeschaffung" auszuarbeiten.

Massenmeuterei der Nanking-Truppen

Shanghai, 1. September. Laut einer hier verspätet eingetroffenen Meldung aus dem Bezirk Schi Schouh (in der Provinz Hupei) haben etwa 20000 Soldaten der Nanking-Armee, die dem Befehl des Generals Tsche Tao Juhangs unterstehen, gemeutert. Die meuternden Soldaten beabsichtigen, auf die große Industriestadt Tajeh zu marschieren. Zur selben Zeit marschieren aus dem Süden 30000 Mann unter dem Befehl des Generals Kon He Lung auf die Stadt Tajeh. Die in Tajeh stationierten Regierungstruppen sind vollständig demoralisiert.

Bewaffnete Bauern schlagen Polizei in die Flucht

Kowno, 1. September. Da die Bauern in Westweißrußland sich hartnäckig weigern, Steuern zu zahlen und unentgeltlich Frondienste für den Bau einer strategischen Eisenbahn zu leisten, haben die polnischen Behörden neuerdings eine Strafexpedition nach Wowczenst (Bezirk Brest) entsandt. Die Polizeisichergen nahmen Massenverhaftungen vor und verübten die grausamsten Mißhandlungen, stießen aber auf die energische Gegenwehr der Bauern. In vielen Dörfern kam es dabei zu bewaffneten Zusammenstößen. Nach einem Gefecht, an dem sich die Bauern aus drei Dörfern beteiligten, wurde die Polizei zum Rückzug gezwungen.

Das Vorgehen der Bauern in Wowczenst hat auch unter der Bevölkerung der rein polnischen Gebiete lebhaften Widerhall gefunden. Im Bezirk Lischick haben 50 Prozent aller Bauern, im Bezirk Szerneawitzi 25 Prozent, die Zahlung der Steuern verweigert.

Litwinow in Genf

(TU.) Genf, 1. Sept. Der Koordinationsausschuß der Europakommission hat am Montag nach längerer Aussprache auf Antrag von Curtius und Grandi beschlossen, den sowjetrussischen Vorschlag auf Abschluß eines europäischen wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes der am 3. September zusammentretenden Europakommission zur Stellungnahme zu übermeisen.

Litwinow verwies in einer längeren Rede auf seine grundsätzlichen Ausführungen in der Vollversammlung der Europakommission im Mai 1931 und beantragte sofortige Entscheidung über den Plan.

Der französische und englische Delegierte machten in der Diskussion vielerlei Vorbehalte geltend.

Curtius beantragte schließlich, die Europakommission aufzufordern, einen besonderen Ausschuß für diese Frage einzusetzen.

Die englische Zeitung „New Statesman" teilt mit, daß England durch die neue Regierungspolitik sich auf eine verminderte Einfuhr und gesteigerte Ausfuhr festgelegt habe. „Eine solche Politik", schreibt das Blatt wörtlich, „die in einem Augenblick erfolgt, wo Deutschland der Notwendigkeit gegenübersteht, seinen eigenen Exporthandel zu erhöhen, muß die Aussicht auf Erholung in Deutschland vermindern. Die englischen Ankäufe deutscher Güter werden vermindert werden, England wird ein stärkerer und gefährlicherer Konkurrent Deutschlands im Ausfuhrhandel sein."

Das ist auch eine Antwort auf Brünings Ruf nach „internationaler Verständigung".

EÇA DE QUEIROZ — Das Verbrechen des Paters Amaro

Copyright Neuer Deutscher Verlag a Berlin W 8.

64. Fortsetzung.

Amaro machte einen kleinen nervösen Spaziergang durch das Zimmer, dann gab er Donna Josepha die Hand: „Also, Senhora — länger kann ich heute nicht bleiben — ich kam nur auf einen Sprung herein — — Auf [illegible] —"

Ohne der Kranken länger [illegible] hinaus. Die Treppen sprang er hinab wie ein rollender Stein. Amelia auf der Straße zu treffen. Tatsächlich sah er sie beim Schmiedehaus im Grase hocken und Feldblumen pflücken.

„Was tust du hier?" rief er ohne Einleitung.

Sie sprang mit einem kurzen Schrei vom Boden auf.

Bei diesem Du und bei dieser wütenden Stimme legte sie rasch den Finger auf den Mund. Der Abt spreche drinnen mit dem Schmied.

„Hör zu!" sagte Amaro mit flammenden Augen und packte sie rob am Arm, „du beichtest dem Abt?!"

„Warum wollen Sie das wissen? Natürlich beichte ich. Dabei ist nichts Böses!"

„Aber — — hast du alles gebeichtet?" fragte er mit zusammengepreßten Zähnen.

Sie war erregt und redete ihn auch mit du an.

„Du selbst sagtest mir oft genug, es sei die größte Sünde auf dieser Welt, dem Beichtvater etwas zu verschweigen."

„Du bist besoffen!" wütete Amaro.

Seine Augen verschlangen sie. Trotz des Zornrausches, der seine Stirnadern auftrieb, fand er sie wundervoll. Die Rundlichkeit ihres Körpers begeisterte ihn, so daß er sie am liebsten hier umarmt hätte.

„Hör zu!" sagte er brutal, „ich bin dir nicht weiter böse — schon — aus! Beichte dem Teufel, wenn es die paßt; aber trotzdem gehörst du mir, verstanden!" „Nein, nein!" antwortete sie stark und machte sich frei. Sie wollte ins Schmiedehaus flüchten.

„Verflixtes Weib!" knirschte Amaro. Er kehrte ihr den Rücken und eilte der Stadt zu.

Den Abend verbrachte er damit, ihr einen sechsseitigen Brief zu schreiben, ein abgeschmacktes Machwerk, das von leidenschaftlichen Anklagen, mystischen verweisen und Ausrufungszeichen wimmelte und seinen baldigen Selbstmord ankündigte.

Abends brachte ein Bauernjunge die Antwort gierig zerriß er den Umschlag und las die Worte:

„Ich bitte Sie, mich mit meinen Sünden in Frieden zu lassen!"

Das konnte er nicht aushalten.

Am nächsten Tage war er wieder in Ricoca um die Alte zu besuchen. Als Amaro kam, näßte Amelia im Zimmer der Donna Josepha. Sie erblaßte, hob aber ihre Augen nicht von der Arbeit. Während der halben Stunde, die Amaro blieb, verharrte er in abgründigem Schweigen oder beantwortete zerstreut das Geschwätz der Kranken, die sich an diesem Morgen sehr gesprächig zeigte.

In der folgenden Woche wiederholte sich das gleiche. Er schrieb ihr noch einen Brief, den sie überhaupt nicht beantwortete.

Darauf schwor er, nicht mehr nach Ricoca zu gehen — er verachte sie — Dann aber wälzte er sich eine schlaflose Nacht im Bett — erbarmungslos verfolgt von der Vision ihres nackten Körpers. Also begab er sich am nächsten Tage wieder nach Ricoca.

Beim Eintritt in das Haus traf er den Abt Ferrao, der an der Tür gerade seinen Regenschirm aufspannte.

„Hallo, Herr Kollege, sie sind hier?" fragte er.

Der Abt erwiderte einfach:

„Man kann nur darüber erstaunt sein, daß Sie, Hochwürden, jeden Tag herkommen — —"

Amaro hielt an sich. Er zitterte vor Wut:

„Was geht sie das an, Herr? Ist das Ihr Haus?"

Diese ungerechtfertigte Wut kränkte den Abt:

„Es wäre schon besser für alle, wenn Sie nicht kämen — —"

„Aber warum, Kollege, warum?" schrie Amaro außer sich. Nun zitterte der gute Abt. Er war eben im Begriff, die schwerste Schuld des katholischen Geistlichen auf sich zu laden: was er wußte, erfuhr er als Beichtgeheimnis. Er verriete das Mysterium des Sakraments, wenn er zeigte, daß er des Pfarrers Beharrlichkeit in der Sünde mißbillige. Darum zog er seinen Hut sehr tief und äußerte demütig:

„Sie haben recht, Hochwürden. Ich bitte Sie für meine unüberlegten Worte um Verzeihung. Schönen guten Abend, Herr Pfarrer!"

„Schönen guten Abend, Herr Abt!"

Amaro aber kehrte — trotz des peitschenden Regens — in die Stadt zurück.

Zu jener Zeit begannen auch die Besuche des Dr. Gouvêa in Ricoca. Der Zustand der Donna Josepha verschlimmerte sich mit den kühleren Herbsttagen.

Eines Tages begleitete Amelia den Doktor zur Tür. Als er stehenblieb, war sie entsetzt. Er drehte sich um, strich seinen großen weißen Vollbart, der ihm bis auf die Samtjacke reichte, und meinte lächelnd:

„Ich sagte deiner Mutter doch oft genug, daß sie sich verheiraten soll —"

Zwei Tränen fielen aus ihren Augen.

„Schon gut, Kleine, ich bin dir deswegen nicht böse. Die Natur verlangt die Empfängnis und nicht die Heirat. Die Ehe ist eine Verwaltungsformel."

Verständnislos schaute ihn Amelia an. Die beiden runden Tränen rannen langsam über ihr Gesicht. Er tätschelte ihr väterlich das Kinn:

„Ich finde, daß du dich der allgemeinen Ordnung der Dinge nützlich einfügst. Kommen wir zum Wichtigen — —

Er gab ihr Ratschläge über hygienische Dinge, die sie beachten müsse.

„Und, wenn es soweit ist, daß du dich hinlegen mußt, so laß mich rufen!" Er wollte nach unten gehen. Aber Amelia flehte ihn entsetzt an:

„Sie werden doch in der Stadt nichts erzählen, Herr Doktor —"

Dr. Gouvea blieb stehen:

„Hältst du mich für so dumm?! Es ist ja gut, und ich verzeihe dir gern. Aber warum, zum Teufel, hast du nicht diesen armen Joao Eduardo geheiratet? Er konnte dich so glücklich machen wie der andere! Dann brauchtest du jetzt nicht um Verschwiegenheit zu bitten! — — Aber das bleibt für mich ohne Belang. Wichtig ist nur, was ich dir riet. Laß mich rufen und vertraue deinen Heiligen nicht allzusehr — ich verstehe mehr von diesen Dinge als die Heilige Brigitte oder wer sonst. Du bist kräftig und wirst dem Staat einen strammen Burschen schenken."

Diese Worte verstand Amelia nicht gut. Dennoch fühlte sie eine gewisse Rechtfertigung und die verzeihende, großväterliche Güte daran. Vor allem versprach ihr die Wissenschaft des Arztes Gesundheit, und sein weißer Vollbart — wie der Bart des Ewigen Vaters — ließ diesem Versprechen die Unfehlbarkeit. Darum trösteten sie seine Worte. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310902-19/fragment/page=0003

Arbeiter-Sport

Wer fährt mit nach Leipzig?

Naumburg!

Alle Interessenten, welche Sonntag, den 6. September, mit nach Leipzig fahren per Auto zum roten Motor-Radrennen, melden sich beim Sportgenossen Max Kathert, Neuengüter 17, zwecks Abfahrtszeit und Fahrpreis. Genossen, besucht diese Veranstaltung!

Auf zur Fahrt nach Leipzig am 6. September!

Zum Rad- und Motorradrennen der roten Kavallerie!

Schon liegen viele Teilnehmermeldungen vor, die alle die roten Rad- und Motorradfahrer im Wettkampf sehen wollen. Dem Wunsche vieler Teilnehmer entsprechend, haben wir uns entschlossen, Auto-, Rad- und Motorradfahrten nach Leipzig zu veranstalten. Alle Arbeiter, die im Besitz eines Fahr- oder Motorrades sind, fordern wir auf, gemeinsam mit uns die Fahrt zu unternehmen.

Die Radfahrer treffen sich Sonntag, den 6. September, 10 Uhr, auf dem Hallmarkt.

Die Motorradfahrer treffen sich Sonntag, den 6. September, 12 Uhr, auf dem Hallmarkt zur gemeinsamen Fahrt nach Leipzig.

Bezirk Halle, Fußballsparte

Gesellschaftsspiele am Sonntag, dem 6. September.

2321	16 Uhr:	Bruckdorf 1—Brachwitz 1	Sandring, Minerva
2322	½17 „	Frankleben 1—Eisdorf 2	Merseburg
2323	16 „	Fortuna 2—Bruckdorf 2	Lieskau
2324	½15 „	Priester 2—Ammendorf 3b	Könnern
2325	16 „	Priester 1—Ammendorf 2	Könnern
2326	½14 „	Wettin 3—Bruckdorf 3	Brachwitz

Aenderung für die Serie am Sonntag, dem 6. September.

Folgende Spiele sind zu beachten. Den Schiris und Spielleitern geht es besonders an, wenn der Serienbetrieb reibungslos vonstatten gehen soll.

Die Spiele 56 und 197 Teutonia 1 und 2 gegen Reideburg 1 und 2 beginnen 1 Stunde früher wie im Serienheft vermerkt. — Spiel 316 Diemitz 3 gegen Brachwitz 2 findet bereits schon ½13 Uhr statt. — 267 Fortuna Schüler gegen Brachwitz Schüler 11 Uhr. — Wegen Besetzung des Stadions ist Minerva gezwungen, sämtliche Spiele zu ändern oder zu verlegen. Anfang ½10 Uhr gegen Hohenthurm Schüler (291) auf dem Stadion. — Gegen FSB Jgd. (487) ½11 Uhr ebenfalls Stadion. — Nr. 35 und 196 gegen Merseburg 1 und 2 werden auf dem Gimritzer Damm ausgetragen. — Das Spiel 415 gegen Gröbers 3 ändert sich auf 10 Uhr und muß auch auf dem Gimritzer Damm (Atlas-Platz) stattfinden. — Infolge Platzvereinbarung mit Minerva ändern sich die Spiele 472 Atlas Jgd.—Lieskau Jgd. auf 9 Uhr, Atlas Schüler gegen Sportlust Schüler 13 Uhr. — Spiel 441 Trotha 3—Teicha 3 wird ½14 Uhr in Teicha ausgetragen. — Infolgedessen wird Teicha Jgd.—Döllme Jgd. (473) ½ Stunde vorverlegt. — Sämtliche Spiele in Ostrau, und zwar 120, 338, 474, finden 1 Stunde früher ihren Anfang. — Wegen Krankheitsfall einiger Schüler von Bruckdorf kann das Spiel in Löbejün nicht stattfinden. — Morl zieht die 1. und Atlas die 3. Mannschaft von der Serie zurück. — ASC Halle nimmt wieder mit den Schülern an den Pflichtspielen teil. Dieses muß Reinsdorf besonders beachten wegen dem Spiel am 6. September. — Spiel 337 Reinsdorf 2—Zörbig 4 leitet nicht Zörbig, sondern Könnern.

Alle bauenden Vereine müssen ihre Resultate von den Schülerspielen bis zur Geschäftsstunde melden, da wir diese für unsere Statistik gebrauchen.

Genossen! Die Bezirksleitung erachtet es als ihre Pflicht, alle Vereine und Vereinsleitungen insbesondere auf den § 15 unserer Richtlinien hin-

An unsere Leser!

Infolge technischer Schwierigkeiten ist es uns heute leider nur möglich, **in beschränktem** Umfange zu erscheinen. Wir werden in denn nächsten Tagen unsere Leser durch verstärkten Umfang entschädigen.

Verlag und Redaktion.

zuweisen. Alle Zurückziehungen, inwieweit sie nicht genügend wegen plötzlicher Umgestaltung der wirtschaftlichen Lage der betreffenden Mitglieder begründet werden können, auch kein Spielerabgang in Frage kommt, werden nicht angenommen, d. h. wir müssen notgedrungen, um andere Vereine vor unnötigem Schaden zu bewahren, böswillige Zurückziehungen von Mannschaften bzw. Vereinen satzungsgemäß bestrafen. Es geht also unmöglich an, daß ein Zurücknehmen aus der Serie wegen Streitigkeiten verschiedener Art, Protestangelegenheiten usw. geduldet werden kann. Derartige Ausschreitungen werden mit Sperrung von Gesellschaftsspielen während der laufenden Runde bestraft.

R. Fathke.

Sportverein Halle-Cröllwitz. Sonnabend, den 5. September, 20 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen. Der Vorstand.

VfB Trotha. Sonnabend, den 5. September, 20.30 Uhr, Monatsversammlung. Alles hat restlos zu erscheinen.

Spielmannszug Atlas. Donnerstag, 20 Uhr, Appell mit Instrumenten, anschließend Versammlung. Genossen, die noch eintreten wollen, müssen sich dortselbst im Vereinslokal „Zur Granate", Merseburger Straße, einfinden.

FSB Halle, Wandersparte. Am Donnerstag, dem 3. September, 20 Uhr, findet unsere Halbjahres-Spartenversammlung im „Gesellenheim", Klosterstraße, statt. Die Tagesordnung ist: 1. Unsere bisherige Tätigkeit. 2. Unsere nächsten Aufgaben. 3. a) Organisatorischer Aufbau; b) Neuwahlen. 4. Verschiedenes (Bericht vom Wanderführerkursus in Rösa). Alle Genossen der Wandersparte sowie alle Genossen, die den TB „Die Naturfreunde" verlassen haben, müssen unbedingt erscheinen. Sorgt für eine rege Beteiligung. Bringt Sympathisierende mit. Helft mit am Ausbau der roten Wanderbewegung.

Spartenleitung.

Die im „Mitteldeutschen Arbeitersport" veröffentlichten Verhandlungen am 31. August finden am Montag, dem 7. September, statt. Blume.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, den 3. September

6.30 Uhr: Funkgymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert. 9 Uhr: Schallplattenkonzert. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst, Verkehrsfunk und Tagesprogramm. 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk-AG. 12 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12.05 Uhr: Rund um die Musikinstrumente (I) (Schallplatten). 12.56 Uhr: Nauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Rund um die Musikinstrumente (II) (Schallplatten). 14 Uhr: Erwerbslosenfunk. 14.30 Uhr: Spielstunde in Sangerhausen. 15 Uhr: Hörbericht aus Sangerhausen, Leitung: Heinz Engel. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Naturbilder. 17.30—17.35 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18 Uhr: Hygienefunk. Sportärztliche Arbeit. 18.30 Uhr: Sprachenfunk. Spanisch. 18.50 Uhr: Wir geben Auskunft ... 19 Uhr: 100 Jahre Sächsischer Landtag. 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.30 Uhr: Geschichten aus Herodot. 21 Uhr: Vom Tage. 21.10 Uhr: Kabarett Tempo. 21.40 Uhr: Musik der Zeit. 22.25 Uhr: Nachrichtendienst. Funkstille.

Wie wird das Wetter?

Donnerstag: Anhaltend warmes Wetter mit östl. Winden.
Freitag: Morgenstunden Nebel, kühl, dann wärmer werdend.

Aus dem Geschäftsverkehr

Kennst du deine Heimat? Kürzlich hatte die Firma Burghardt & Becker (Haushaltungsartikel, Leipziger Straße) eine Ausstellung „Deutsche Märchenbilder", welche einen Besuch von 20 000 Menschen in 14 Tagen aufzuweisen hatte. Vor einigen Tagen eröffnete die Firma eine neue Ausstellung unter obigem Titel. Zehn Bilder, die Oertlichkeiten von Halle und Umgebung darstellen, lenken den Blick auf die landschaftlichen Schönheiten der näheren Umgebung. Besichtigung ist jedermann bei freiem Eintritt gestattet, verknüpft mit kostenloser Preisfrage. Die Bilder sind von einem Hallischen Künstler hergestellt und dürften ihren Reiz auf die Besucher nicht verfehlen.

Fundsachen-Verkauf.

Am Freitag und Sonnabend, dem 4. und 5. September 1931, von 9 Uhr an findet in unserem Fundbüro, hier, Güterschuppen — Eingang Raffineriestraße —, öffentliche Versteigerung von Fundgegenständen, u. a. am Freitag ab 10 Uhr 14 Fahrräder, 5 Photoapparate, gegen sofortige Barzahlung statt. Besichtigung der wertvolleren Gegenstände am Donnerstag, dem 3. September 1931, von 10—14 Uhr.

Reichsbahndirektion.

WALHALLA
Der Sensations-Erfolg:
RASTELLI
in seiner neuesten Produktion
Fußball ist Trumpf!
Dazu
7 Welt-Attraktionen
in höchster Vollendung
Trotz enormer Unkosten volkstümliche Preise

Hohenmölsen
Zum großen Herbstmarkt
am 4., 5., 6. Sept. d. J.
empfehlen allen werten Gästen ihre Lokalitäten
Emil Schlag u. Frau
Rupsch's Restaurant

Weinberg-Terrassen
Jed. Sonntag 7-9 Uhr Frühkonzert
Nachm. u. abends Konzert und Tanz im Freien

Carbidlampen 2.00 2.50 2.95 3.25
K. Möller Schmeerstr. 1

Sohlleder-Ausschnitt
Leder-Abfälle
aller Art billigst bei
Wilh. Kranig
Waisenhausring 14

Chaiselongues 32.- 38.- 45.- 49.- 53.-
Mod. Liegesofas (Couches) 48.- 64.- 75.- 85.- 90.- 110.-
Bettchaiselong. 90.- 115.- 125.- 135.-
Sofas 53.- 65.- 75.- 90.-
Entgegenkommende Zahlungsbedingung.! Transport frei! Eigene Werkstätten!
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9
3 Minuten vom Markt

Spo[...]
kaufen nur bei
Emil Schulze
Inh. Alexander Gieseler
Sangerhausen — Eisleben
Aschersleben — Merseburg

Paul Ehlert Nachf.
Haushaltwaren
Merseburg, Entenplan 11

Küchen
Schlafzimmer
Speise- u. Herren-Zimmer
Einzel-Möbel
Standuhren, Bücherschränke
Polster-Möbel
zu billigen Preisen
Auf Wunsch Teilzahlg.
Paul Sommer
Leipziger Str. 14 I. u. II.

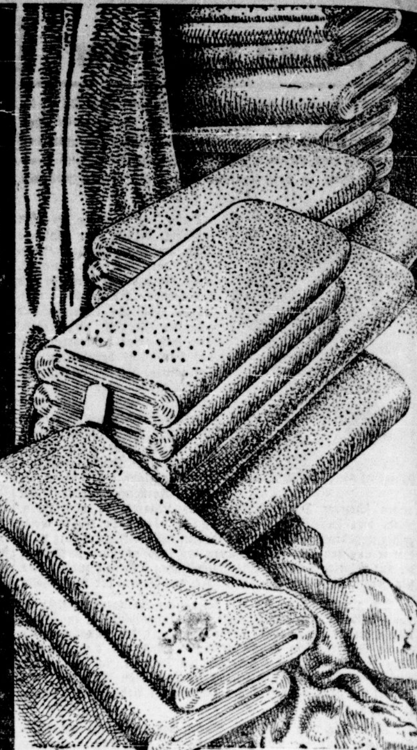
Hut-Zenk
Stammhaus Kl. Berlin 2 Ecke Sternstr. Gegr. 1910
beim Fachmann kaufen Sie billig u. gut
Herrenhüte / Mützen

Eduard Klauß
Merseburg, Windberg 3
Brikett u. Brennholz

Vogelbauer
große Auswahl, billige Preise
Vogelfutter für alle Vogelart., nur beste Qualität
Max Krug
Samenhandlung
Markt 16

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Anders, Pouch, Fleischermeister

Die besten Qualitäten
Die neuesten Farben
Die kleinsten Preise



Natté-Romaine reine Wolle, unser großer Verkaufsschlager	Meter	1.45
Tweed-Diagonal ca. 70 cm breit	Meter	1.95
Fleur-Romaine das neue Gewebe, reine Wolle, ca. 100 cm breit	Meter	2.90
Crêpe-Frisé Wolle mit Kunstseide, ca. 100 cm breit, die Modeneuheit für den Herbst	Meter	4.90
Crêpe-Mousette reine Wolle, ca. 100 cm breit, [...] Modestoff für das elegante Nachmittagskleid	Meter	4.90
Mantelstoff-Neuheiten ca 140 cm breit, in den modernen Webarten	Meter 10.50 6.90	5.90
Futter-Duchesse Kunstseide, ca. 80 cm breit	Meter 2.50 1.95	1.50
Waschsamt in neuen, geschmackvollen Mustern	Meter 1.75	1.45
Crêpe-Marocain Kunstseide, ca. 100 cm breit, gute Qualitäten	Meter 3.90	2.90
Crêpe-Marocain Kunstseide, neue dezente Druckmuster für das Nachmittagskleid, ca. 100 cm breit	Meter 4.50	3.90
Crêpe-Flamenga ca. 100 cm breit, Wolle mit Kunstseide	Meter	4.90
Crêpe-Susette Kunstseide, schwere Qualität, ca. 100 cm breit, für elegante Nachmittagskleider	Meter	5.50

Ullstein-Schnittmuster!
Hunderte von neuen, schicken Modellen für Herbst und Winter sind soeben eingetroffen, alle zum Selberschneidern! Niemandem fällt es schwer, mit „sprechenden" Ullstein-Schnitten selber zu schneidern. Alles sitzt ja tadellos, weil beim „sprechenden" Ullstein Schnitt auf allen Teilen lauter deutlich gedruckte Angaben stehen, die jedes Risiko ausschalten. Wer so selber schneidert, kann sich das Doppelte an Kleidung leisten. Kommen Sie zu uns!

KARSTADT
Halle a. Saale — Große Ulrichstraße 59-6[...]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310902-19/fragment/page=0004

Wichtige Beschlüsse des Reichsausschusses der Erwerbslosen

Erwerbslosenbewegung — Einheitsfrontbewegung

Richtlinien über die Neuorganisierung der Erwerbslosenbewegung, der Erwerbslosenausschüsse und ihrer Hilfsorgane

Während der Zeit des „Klassenkampf"-Verbotes tagte in Berlin der Reichsausschuß der Erwerbslosen. Er faßte außerordentlich wichtige Beschlüsse. Nachstehend geben wir sie in gedrängter Form wieder. Die Beschlüsse müssen nicht nur vor allen Erwerbslosen, sondern auch vor allen Betriebsarbeitern und allen Mitgliedern der proletarischen Massenorganisationen studiert werden. Und jeder hat mitzuhelfen die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Es gilt in der Erwerbslosenbewegung eine wirkliche Einheitsfrontbewegung zu schaffen, es gilt am Frontabschnitt der Stempelstellen den Kampf gegen Hunger und Elend, den Kampf für Arbeit und Brot zu verstärken.

Eine Sitzung des Bezirkserwerbslosenausschusses tagte bereits am vergangenen Sonntag in Halle. Sie konkretisierte die Beschlüsse des Reichsausschusses auf den Bezirk. Der Bezirksausschuß formulierte noch einen besonderen Appell an die mitteldeutschen Erwerbslosen, den wir an anderer Stelle noch veröffentlichen werden.

Jetzt gilt es zu handeln. Ein neuer Kampfabschnitt der Erwerbslosen muß eingeleitet werden!

Schafft überall die revolutionäre Führung

Der Kampf der Erwerbslosen wird nicht vom allgemeinen Klassenkampf getrennt geführt. Die engste Verbindung mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten ist unbedingt herzustellen. Um aber diesen Kampf einheitlich führen zu können, um besonders die gesamte Masse der Erwerbslosen, ohne Unterschied der Gewerkschafts- und Parteizugehörigkeit, des Geschlechts und des Alters zum Kampfe für ihre Forderungen fähig zu machen, ist die **Schaffung einer revolutionären Führung im örtlichen, bezirklichen und im Reichsmaßstabe** ein unbedingtes Erfordernis.

Diese leitenden Organe müssen in ihrer Zusammensetzung die einheitliche Kampffront widerspiegeln, wirkliche Einheitsfrontorgane darstellen. Sie müssen auf der Grundlage der breitesten proletarischen Demokratie von der Masse der Erwerbslosen gewählt werden.

In die Erwerbslosenausschüsse sind also Vertreter aller Gruppen der Erwerbslosen, die auf dem Boden der Kampfforderungen der Erwerbslosen für Arbeit, Freiheit und Brot stehen, einzuteihen.

Die Neuwahl der örtlichen Erwerbslosenausschüsse

Die entscheidende Organisationsbasis der Erwerbslosenbewegung liegt bei den Arbeitsnachweisen und auf den Stempelstellen. Auf jeder Stempelstelle und auf jedem Nachweis ist unter Beachtung des vorher Gesagten sofort ein Erwerbslosenausschuß zu wählen bzw. zu ergänzen. Die Wahl der Mitglieder des Ausschusses muß in Versammlungen der Gesamtmasse der Erwerbslosen erfolgen, die entweder auf der Stempelstelle oder auf den Nachweisen selbst, oder in den Wohlfahrtsküchen, in bestimmten Fällen in öffentlichen Versammlungen der Erwerbslosen stattfinden.

Die Wahl der örtlichen Ausschüsse muß in engstem Zusammenhang mit den stehenden politischen Aufgaben auf Grund der Situation durchgeführt werden. **Jedes für eine Leitung vorgeschlagene Mitglied muß sich verpflichten, das Kampfprogramm der Erwerbslosen durchzuführen.** Die Mitglieder des Ausschusses können jederzeit **durch Versammlungsbeschluß abberufen und durch Neuwahl ergänzt** werden.

Unterstützungsorgane für den örtlichen Erwerbslosenausschuß

Da der örtliche Ausschuß nicht imstande ist, allein die Arbeit zur Mobilisierung der Erwerbslosen mit Erfolg bewältigen zu können, werden folgende Unterstützungsorgane eingeschaltet:

a) **Vertrauensleutekörper.** Um eine gute Verbindung zwischen dem Ausschuß und der Gesamtmasse der Erwerbslosen zu schaffen und um besonders jederzeit die Möglichkeit zu haben, die Direktiven des Ausschusses schnell und sicher an den letzten Erwerbslosen heranzubringen, schafft sich der Ausschuß einen breiten Stamm **von gewählten Vertrauensleuten** (Männer und Frauen). **Sie sind das organisatorische Band und der notwendige Hebel zur laufenden Informierung und Mobilisierung der Erwerbslosenmassen.**

Der Vertrauensleutekörper, dessen Wahl ebenfalls auf den Stempelstellen, Nachweisen usw. unter Beachtung der besonderen Aufgaben in den Wohngebieten erfolgen muß, bestimmt aus seiner Mitte einen Obmann. Dieser Obmann gehört in allen Fällen dem örtlichen Erwerbslosenausschuß an.

Obwohl grundsätzlich die Erfassung der Erwerbslosen an den Stempelstellen zu geschehen hat, **sollen die Vertrauensleute über ihre besondere Aufgabe hinaus auch die Verbindungsleute zu den Wohngebieten darstellen.** Jeder Vertrauensmann erhält, entsprechend der Lage, einen Straßenzug zugeteilt, mit dem besonderen Auftrag, die dort befindlichen Erwerbslosen zu informieren.

Der Vertrauensleutekörper ist ein wichtiges politisches Organ, **er muß aber selbstverständlich auch die organisatorische Festigung der Gesamtbewegung ständig im Auge behalten. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehört die Organisierung der Demonstrationen und Versammlungen sowie aller sonstigen Aktionen. Er beobachtet die Arbeit der Gegner und informiert laufend die Erwerbslosenausschüsse bzw. seinen Obmann.**

Zu erweiterten Sitzungen des örtlichen Erwerbslosenausschusses ist der gesamte Vertrauensleutekörper hinzuzuziehen.

b) **Kommission für Organisationsfragen.** Der leitende Genosse des örtlichen Ausschusses für die Organisationsarbeit zieht sich eine Anzahl Mitarbeiter zur Unterstützung heran. In dieser so gebildeten Kommission sind alle Maßnahmen, die zur **Organisierung der Gesamtbewegung sowohl, als auch zur Durchführung von Versammlungen, zur stärkeren Erfassung der Masse der Erwerbslosen notwendig sind, eingehend zu besprechen. Er arbeitet die notwendigen Anweisungen aus, die der Beschlußfassung des Gesamtausschusses zu unterbreiten sind.**

Einer der wichtigsten Ziele der Neuorganisierung der Erwerbslosenbewegung ist, eine festere organisatorische Basis zu schaffen und eine ständige Kontrolle über alle Erwerbslosen zu ermöglichen. Das darf nicht bedeuten, daß jetzt der Aufbau einer Erwerbslosenorganisation ähnlich einer Gewerkschaft erfolgt. Trotzdem ist es notwendig, zu wissen, wie weit die Masse ist, auf die sich der örtliche Ausschuß bei der Durchführung seiner Aktionen stützen kann. Alle Erwerbslosen sind durch Registrierkarten, **aber ohne Beiträge zu erfassen.**

Die Karten werden keinesfalls an die Erwerbslosen ausgehändigt, sondern sie bleiben im Besitz des Ausschusses bzw. der Vertrauensleute. An Hand der Registrierkarten soll insbesondere auch der regelrechte Zeitungsvertrieb durchgeführt werden. Auch diese wichtige Arbeit gehört in das Tätigkeitsgebiet der Organisationskommission, wie auch die Einleitung und Durchführung von Sammlungen zur Finanzierung des Erwerbslosenausschusses

Kurs auf Betrieb und Gewerkschaft

c) Kommissionen für Betriebsarbeit und innergewerkschaftliche Arbeit.

Eine außerordentliche Bedeutung für die gesamte Erwerbslosenbewegung ist die **Herstellung der engsten Verbindung zwischen den Erwerbslosen und den im Betrieb Beschäftigten. Dazu ist besonders wichtig, daß in dieser Kommission einige Betriebsarbeiter vertreten sind, die auch dem örtlichen Erwerbslosenausschuß angehören müssen.**

Die Aufgabe dieser Kommission ist es, durch zur Verfügungstellung von Gruppen der Erwerbslosen, **Bildung von besonderen Stoßtrupps die Betriebsarbeiter zu unterstützen, die Betriebe von außen zu bearbeiten, bei den Vorbereitungen von Streiks sich zur Verfügung zu stellen. Ebenso treten einige Mitglieder dieser Kommission in Streikfällen den Streikleitungen der in ihrem Bereich liegenden Betriebe bei.**

Aber auch die **innergewerkschaftliche Arbeit** hat diese Kommission zu organisieren. Die Erwerbslosen sind zu diesem Zwecke **ihrer gewerkschaftlichen Organisation nach zu registrieren, laufend zusammenzuhalten und anzuhalten, in ihren Gewerkschaften für die von den Erwerbslosen aufgestellten Forderungen rücksichtslos einzutreten,** um so Betriebsarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder zum Kampfe zu mobilisieren.

d) Rechtsschutzkommissionen.

Es ist selbstverständlich, daß in allen Fragen, wo die Erwerbslosen Rat, Auskunft und Rechtsunterstützung benötigen, dieselbe vom örtlichen Ausschuß unbedingt gewährt wird. Ein mit diesen Fragen vertrauter Genosse des Ausschusses ist **mit der Rechtsberatung zu betrauen,** der sich zu seiner Unterstützung ebenfalls fachgewandte Mitarbeiter heranzieht bzw. heranbildet. Die Aufgabe der Kommission ist es, die Anfragen der Erwerbslosen in gemeinsamer Aussprache zu klären, die Erwerbslosen **über ihre gesetzlichen Rechte, sowohl in der Arbeitslosenversicherung** als auch in **der öffentlichen Wohlfahrt aufzuklären und zu unterrichten.**

Die Vertreter der Kommission kämpfen um das Vertretungsrecht vor den Spruchinstanzen, übernehmen die Vertretungen, fertigen die notwendigen Schriftsätze aus und sind so den Erwerbslosen wirkliche Helfer. In den Fragen, die nicht direkt mit der Erwerbslosenbewegung zusammenhängen, so bei Mietsangelegenheiten, Straffachen infolge von Zusammenstößen mit der Polizei, überweist die Kommission die Auskunft hilfsbedürftigen Erwerbslosen an die zuständigen Organisationen, wie Arso, Rote Hilfe, Internationaler Bund, proletarische Mieterorganisationen usw. Mit diesen Organisationen hat die Kommission eine enge Zusammenarbeit herzustellen.

Außerdem sind die Vertreter der Arbeiterschaft in den Kommunalparlamenten, die proletarischen Wohlfahrtspfleger zur Mitarbeit in den Kommissionen heranzuziehen.

e) Herausgabe von Erwerbslosen- und Stempelstellenzeitungen.

Nach den besonderen Richtlinien über den Aus- und Aufbau der bezirklichen Erwerbslosenzeitungen, die einen außerordentlich wichtigen politischen Faktor für die Erwerbslosenbewegung darstellen, wird für jeden Bezirk ein obligatorisches Wochenorgan geschaffen, das dem Bezirkserwerbslosenausschuß untersteht.

Alle örtlichen Erwerbslosenausschüsse sind verpflichtet, diese Zeitungen zu vertreiben, an alle Erwerbslosen unbedingt heranzubringen, dafür zu sorgen, daß eine weitere Verbreitung aber auch zugleich eine pünktliche Abrechnung geschieht ist. Neben der Bezirkserwerbslosenzeitung sollen besondere obligatorische Erwerbslosenzeitungen in den einzelnen Orten in der Regel nicht bestehen. Aus den verschiedensten Gründen kann es sich jedoch notwendig machen und ist es empfehlenswert, Stempelstellenzeitungen herauszubringen. In diesem Falle kontrolliert der örtliche Ausschuß die Zeitung und trägt dafür die politische Verantwortung.

Kampfstaffeln gegen den Faschismus

Der immer stärker werdende faschistische Kurs, die Bemühungen der Nationalsozialisten, sich unter den Erwerbslosen einzunisten, die Angriffe auf die Erwerbslosen stellen den örtlichen Erwerbslosenausschüssen die wichtige Aufgabe der Organisierung des Kampfes gegen den Faschismus und die Heranbildung wehrhafter Verteidigungsgruppen aus den Reihen der Erwerbslosen. Jeder örtliche Erwerbslosenausschuß ist deshalb verpflichtet, an die Schaffung der **Erwerbslosenkampfstaffeln** heranzugehen und alle aktiven Erwerbslosen in dieselben einzugliedern.

Die Erwerbslosenkampfstaffeln arbeiten engstens mit den örtlichen Leitungen des Kampfbundes gegen den Faschismus zusammen. Die engste gegenseitige Informierung und aktive Unterstützung bei Aktionen ist sicherzustellen.

Der Leiter der Erwerbslosenkampfstaffel gehört dem örtlichen Erwerbslosenausschuß an.

Stärkste Heranziehung zur Mitarbeit der erwerbslosen Frauen und Jugend

Die vorstehend aufgezeigten Aufgaben, der Kampf der Erwerbslosen selbst ist nicht nur eine Angelegenheit der Männer. Gerade die letzten Aktionen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland haben mit aller Deutlichkeit unterstrichen, welche gewaltige Stoßkraft die Aktionen der Erwerbslosen zu entwickeln in der Lage sind, wenn die Frauen und Jugendlichen einbezogen werden. Diese Lehre muß jetzt beherzigt werden. **Mit aller Energie sind die Frauen und Jugendlichen jetzt in die Front der Erwerbslosenbewegung einzugliedern.**

Um diese Arbeit mit Erfolg durchzuführen und die engste Verbindung mit den Frauen und Jugendlichen herzustellen, müssen in allen Leitungen, als auch in den Kommissionen die Vertreter der Frauen und Jugendlichen vorhanden sein.

Der Bezirks-Erwerbslosenausschuß

Um die Einheitlichkeit der Aktionen, die Kontrolle der Arbeit der örtlichen Ausschüsse, die Unterstützung der schwachen Punkte im Bezirk durch die Hilfe seitens stärkerer Ausschüsse sicherzustellen, um die Stoßkraft der Bewegung zu erhöhen, ist im Bezirksmaßstabe ein Bezirkserwerbslosenausschuß zu wählen bzw. die bestehenden Ausschüsse nach diesen Richtlinien umzubilden.

a) Die Wahl des Bezirkserwerbslosenausschusses erfolgt auf der Bezirkskonferenz der Erwerbslosenvertreter. Dabei sind folgende Gesichtspunkte zu beachten: Der Bezirksortort, der der Sitz des Ausschusses ist, muß im Bezirkserwerbslosenausschuß durch so viele Genossen vertreten sein, damit aus seinen Mitgliedern, unter Heranziehung von Mitgliedern aus den wichtigsten, nächtliegenden Ortsausschüssen, eine **engere Leitung** gebildet werden kann.

b) Die Aufgaben der Bezirkserwerbslosenausschüsse liegen in erster Linie auf dem Gebiet der einheitlichen politischen Führung der Gesamtbewegung im Bezirk, entsprechend den Beschlüssen der Bezirkskonferenz und den Anweisungen des Reichsausschusses der Erwerbslosen. Für alle Maßnahmen ist der Bezirksausschuß dem Reichsausschuß der Erwerbslosen verantwortlich.

Das Verhältnis zwischen der Erwerbslosenbewegung und den proletarischen Massenorganisationen

Die Erwerbslosenbewegung muß eine breite Einheitsfrontbewegung sein. Sie soll die großen Massen der Erwerbslosen ohne Unterschied der gewerkschaftlichen und politischen Richtung erfassen. Die Erwerbslosenbewegung kann aber ihre Aufgabe, den erfolgreichen Kampf gegen die Hungerpolitik, für Arbeit, Freiheit und Brot nur dann führen, **wenn sie sich eindeutig und klar auf den Boden des Klassenkampfes stellt.** Da der Kampf der Erwerbslosen ein Teil des Klassenkampfes der Arbeiterschaft überhaupt ist, muß die Erwerbslosenbewegung in engster Anlehnung an die proletarischen Massenorganisationen ihre Aufgaben durchführen, die ebenfalls die Grundsätze des revolutionären Klassenkampfes anerkennen. Die Erwerbslosenbewegung muß somit die Kampagnen dieser Organisationen unterstützen, wie sie andererseits auch die Unterstützung dieser Organisationen in ihrem Kampfe erwartet.

Ouvertüre zum Frankfurter Kongreß

ADGB organisiert Dumping-Hetze

Gemeinsam mit den Unternehmerverbänden gegen die Sowjetunion

Vor einigen Wochen verschickte der Vorstand des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes ein Rundschreiben an den Verband der Deutschen Pelzhändler und Pelzfabrikanten, in dem die Einladung zu einer gemeinsamen Konferenz von reformistischen Gewerkschaftsführern und Pelzfabrikanten zwecks Stellungnahme zur sowjetrussischen Pelzausfuhr enthalten war. Die Konferenz hat inzwischen in Berlin stattgefunden. Nunmehr versammelte sich das Büro der internationalen Bekleidungsarbeiter-Föderation in Leipzig, um die Beschlüsse dieser Unternehmer- und Gewerkschaftskonferenz zu bestätigen. Der Vertreter des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Ploog, erklärte in Leipzig, daß die russische Pelzproduktion in den letzten Jahren von 7,7 Millionen Rubel auf 93,3 Millionen angestiegen sei. Er bestätigt damit also den gewaltigen Aufstieg auch der sowjetrussischen Pelzindustrie. **Diese Tatsache jedoch nimmt er zum Anlaß, um eine gemeine Dumpinghetze im Auftrage der Unternehmer gegen die Sowjetunion zu entfalten. Der Unternehmeragent Ploog besitzt die Frechheit, zu erklären, daß die Arbeitslosigkeit im Pelzgewerbe in Deutschland auf die russische Einfuhr in Deutschland zurückzuführen sei und er empfiehlt daher gleichfalls im Namen der Unternehmer die „Verständigung aller europäischen Regierungen zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Sowjetunion und zur Herabdrückung der Ausfuhrquote an Pelzen aus der Sowjetunion".**

Zu diesem Zweck schlägt er auch vor, daß alle kapitalistischen Regierungen sofort mit der Sowjetunion Verhandlungen führen, um das Ziel der internationalen kapitalistischen Pelzhändler und Pelzfabrikanten zu erreichen.

Die Folge des Vorgehens des Bekleidungsarbeiterverbandes richtet sich nicht nur gegen die Sowjetunion, das Land des gigantischen Aufstiegs, sondern ist auch ein schwerer Schlag gegen die deutschen im Pelzgewerbe beschäftigten Arbeiter, deren Erwerbslosigkeit nicht von der russischen Pelzeinfuhr herrührt, sondern von der gesunkenen Kaufkraft derjenigen Kreise des Mittelstandes, der bisher der wesentlichste Abnehmer der Pelzproduktion war. Zudem bedeutet diese Stellungnahme des Bekleidungsarbeiterverbandes die direkte Protegierung der Hochschutzzollpolitik, die nur darauf hinausläuft, die Pelzpreise in Deutschland zu erhöhen, bei einer gleichzeitigen Durchführung eines weiteren Lohnabbaus bei den Pelzarbeitern selbst.

Ganz eindeutig zeigt sich in diesem Fall, wie die reformistischen Gewerkschaftsführer einzig und allein die Geschäfte der Pelzfabrikanten und der reichen Pelzhändler besorgen.

Die Klassengenossen von der Stempelarmee

brauchen im Kampf um Arbeit und Brot die kommunistische Tagespresse. Sie bilden deshalb Lesegemeinschaften und tragen zusammen den Abonnementspreis für den

„Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310902-19/fragment/page=0005

HALLE

Mittwoch, den 2. September 1931.

Nach der Pleite der Staatsanwalt

Nachdem vor einigen Wochen das Bankhaus L. Schönlicht in Halle zusammengekracht war, wurde bekanntlich über das Vermögen des Inhabers dieses bürgerlichen Bankhauses das Konkursverfahren eingeleitet. Der Inhaber ist der Bankherr Walter Schwarz, bis vor kurzem noch hochangesehenes Mitglied der Bürgerblockfraktion im Hallischen Stadtparlament. Unmittelbar nach dem „schwarzen Tag" des Bankhauses L. Schönlicht legte Herr Schwarz sein Mandat als Stadtverordneter nieder, desgleichen auch sein Mandat als Provinziallandtagsabgeordneter. Die Oeffentlichkeit in Halle war angesichts dieser übereilten Flucht des Herrn Schwarz aus der Stadtväterschaft des Bürgertums ein wenig verwundert. Sogar der Bürgerverein hat in seiner letzten Versammlung außerordentlich bedauert, daß sich der verdiente Stadtverordnete leider durch „allgemein" wirtschaftliche Schwierigkeiten verleiten ließ, von seinen Pflichten als Vertreter der Bürgerschaft im Parlament zurückzutreten. Auch die Bemühungen des Bürgervereins, Herrn Schwarz zu bewegen, weiterhin als wertes Mitglied der Bürgerblockfraktion zu fungieren, blieben erfolglos.

Jetzt weiß man nun, daß es nicht nur „allgemein" wirtschaftliche Schwierigkeiten waren, die diesen Schritt des Herrn Schwarz, den treuen Kampfgefährten des Leuna-Staatsanwalts Mathy bestimmt haben. Die Hallische bürgerliche Presse ist jetzt gezwungen, mitzuteilen, daß die Staatsanwaltschaft gegen den Inhaber des Bankhauses L. Schönlicht, also gegen Herrn Schwarz, ein Ermittlungsverfahren wegen Depotunterschlagung eingeleitet hat. Die „Hallischen Nachrichten" bemerken hierzu, daß sich damit „die Gerüchte, die seit einigen Tagen in Halle über Unregelmäßigkeiten bei dem Bankhaus Schönlicht umlaufen", bestätigen.

Für das Hallische reaktionäre Bürgertum eine verdammt unangenehme Geschichte. Dieser Fall beweist, daß die verfaulende kapitalistische Gesellschaft, die gegenwärtig einen Bankkrach nach dem anderen erlebt, ihre eigenen Vertreter ansteckt. Das System bricht zusammen und seine Vertreter werden korrumpiert. So sehen also die vor Eitelkeit sich aufblähenden und auf die „ungebildeten" Arbeiter erhaben herabblickenden Vertreter des Hallischen Bürgerblocks aus. Herr Schwarz war einer von denjenigen seiner Fraktion, die im Stadtparlament alle Gemeinheiten, Unverschämtheiten und Niederträchtigkeiten des Bürgerblocks gegen die Kommunisten mit Beifall unterstützten. Wir nehmen ihm dies keinesmegs übel, denn er war ja seine Aufgabe. Nun ist es auch damit aus. Mit dem bankrotten Kapitalismus ist es bald aus und mit seinen Vertretern ebenfalls. Der Fall des Bankherrn und Bürgerblock-Stadtverordneten Schwarz beweist es. Wann folgt der nächste?

Mißglückte Nazi-Aktion

Der Baron von Frankenberg und Proschwitz, der in der gestrigen JAH-Versammlung sprechen sollte, hat dies nicht getan. Er hat nach einer kurzen Zeit des schärfsten Kampfes gegen den Faschismus mit diesen Kreisen wieder Verbindung aufgenommen. Damit ist er für die revolutionäre Arbeiterbewegung erledigt.

Die Nazis hatten ihn beauftragt, in der gestrigen Versammlung im „Gesellschaftshaus" mit einer Erklärung gegen die KPD seinen Wiedereintritt bei den Nazis zu erklären, aber der „Held" war zu feige dies zu tun und verließ heimlich die Versammlung. Im übrigen war die Versammlung ein glänzender Erfolg für die JAH. Es herrschte ein prächtiger Kampfgeist und es wurden viele Aufnahmen gemacht.

Einige Lehren

Von einem Parteifunktionär des Stadtteils Westen wird uns folgendes geschrieben:

Auftakt zur Pressewerbung

Diese Ueberschrift sollte viel bedeuten, aber der Vorstoß am Sonnabend und Sonntag zur Pressewerbung zeigte uns wieder die schwache Seite unseres Stadtteils auch auf diesem Kampfabschnitt. Die Tatsache, daß die kommunistische Tagespresse ein äußerst wichtiges Instrument zur ideologischen Beeinflussung der werktätigen Bevölkerung im Sinne des Kommunismus darstellt, ist vielen unserer Mitglieder noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Dasselbe gilt vor allem auch für die uns nahestehenden Organisationen, wie Jugend, Kampfbund, Antifa usw. Der erste Ansturm zur Gewinnung neuer Leser hätte unter den vorhandenen Voraussetzungen unbedingt zu einem Schlage gegen die gesamte bürgerliche Pressemeute werden können. Daß dies noch nicht der Fall ist, liegt daran, daß trotz dauernder Hinweise seitens der Stadtteilleitung nicht genügend Vorarbeit zur Pressewerbung (Feststellung von Adressen usw.) geleistet wurde. Vielleicht trifft hier auch ein Teil Schuld die neuen Zellenleitungen, die noch nicht die nötige durchgreifende Energie besitzen. Die Genossen der Zellen waren schlecht angetreten. Dies gilt auch für fast alle Funktionäre.

Das muß und wird geändert werden.

Neue Arbeitsmethoden müssen angewandt und eine schärfere Kontrolle der Mitglieder und Massenorganisationen durchgeführt werden. Das mit den zur Pressewerbung erschienenen wenigen Genossen erzielte Resultat muß als gut bezeichnet werden. Daraus ergibt sich, daß das gesteckte Ziel absolut erreichbar ist, wenn alle Mitglieder der Zellen zur Stelle sind und ihre revolutionäre Pflicht erfüllen. Die Stadtteilleitung wird dafür Sorge tragen, daß dieser Zustand baldigst eintritt.

*

Anmerkung der Redaktion: Dieser Brief ist ein Beispiel dafür, wie die Leitung einer Parteiorganisation oder eines Stadtteils eine richtige selbstkritische Stellungnahme zu den vorhandenen Fehlern und Schwächen unserer Arbeit, in diesem Falle der „Klassenkampf"-Werbung, durchführen muß. Jede verantwortliche Leitung muß nach diesem Beispiel verfahren und an Hand der gemachten Erfahrungen unserer revolutionäre Kleinarbeit eine offene und schonungslose Feststellung aller Fehler und Mängel vornehmen. Dies ist die erste Voraussetzung für die Beseitigung aller Fehler. Die Fehler richtig erkennen, heißt sie schon halb beseitigt haben. Selbstverständlich ist es notwendig, daß die Genossen der Leitung es verstehen, die gesamte Mitgliedschaft zu aktivieren und auf diese Weise die gesamte Arbeit zu verbessern. Wir sind überzeugt, daß die Stadtteilleitung Westen eine solche Durchorganisierung der Partei vornehmen und auf diese Weise die Gewähr für die Erreichung unserer Werbeziele gegeben wird. Es kommt aber darauf an, daß alle Stadtteilleitungen der Stadtorganisation Halle auf diese Weise Selbstkritik üben und zu den vorhandenen Mängeln Stellung nehmen. Wann wird das geschehen?

Hallische Elternbeiräte gegen den Schulabbau

Der Bau des zweiten Flügels der Diesterwegschule gefordert

Halle, den 23. August 1931.

An die Stadtverordneten der Kommunistischen Partei der Stadt Halle

Die Vertreter der Elternbeiräte der Süd- und Südwestschulbezirke der Stadt Halle (Johanneschule Knaben und Mädchen, Lutherschule, Huttenschule, Diesterwegschule und Weingärtenschule) haben am heutigen Tage an den Magistrat und die Schulverwaltung der Stadt Halle folgenden Antrag gestellt:

Der Magistrat wird ersucht, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß der Bau des projektierten zweiten Flügels der Diesterwegschule baldmöglich begonnen und durchgeführt werde.

Zur Begründung dieses Antrages führen die unterzeichneten Elternbeiratsvorsitzenden an: Die überaus rege Bautätigkeit in oben genannten Schulbezirken und der damit verbundene starke Einwohnerzuzug, haben es mit sich gebracht, daß die Klassenfrequenz der genannten sechs Schulen auf das Neueste gestiegen ist. Ab Ostern 1932 wird sich die Klassenfrequenz noch bedeutend dadurch erhöhen, daß die Einschulung die Entlassung um ca. 500 Kinder übersteigt. Wenn diese 500 Kinder in die schon überfüllten Klassen noch eingegliedert würden, leidet unvermeidlich der Schulunterricht und die Gesundheit der gesamten Kinder.

Da infolge der überaus schlechten wirtschaftlichen Lage mit der Beendigung des Baues bis Ostern 1932 nicht zu rechnen ist, und für die zureingeschulten Kinder unbedingt Räume beschafft werden müssen, ersuchen wir den Magistrat der Stadt Halle, entweder die zur Zeit noch von anderen Körperschaften belegten Volksschulräume frei zu machen, oder durch Aufstellung von Deckerschen Baraden die Schulraumnot zu beheben.

Wir bitten die Stadtverordneten der Kommunistischen Partei, diesen Antrag wohlwollend zu unterstützen

und zeichnen hochachtungsvoll

1. Vorsitzender der Johanneschule Knaben, 1. Vorsitzender der Johanneschule Mädchen, 1. Vorsitzender der Huttenschule, 1. Vorsitzender der Lutherschule, 1. Vorsitzender der Diesterwegschule, 2. Vorsitzender der Weingärtenschule.

(Folgen Unterschriften.)

*

Dieses Schreiben der Elternbeiräte an die kommunistische Stadtverordnetenfraktion dokumentiert den Willen der Elternschaft, die Mißstände an den Hallischen Volksschulen, besonders in der Schulraumfrage, keinesmegs länger zu dulden. Der Vorstoß der Elternbeiräte ist um so bedeutungsvoller, als ja die sozialdemokratische Koalitionsregierung drauf und dran ist, überall einen ungeheuerlichen Abbau an den Volksschulen vorzunehmen. **Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion fordert deshalb erneut mit allem Nachdruck die sofortige Einberufung des Stadtparlaments!**

Volksfeuerbestattungsverein und AKV Halle

Eine Antwort auf die Verleumdungsmethoden des „Volksblattes"

Von der Verwaltung des Allgemeinen Konsumvereins wird uns geschrieben:

„In dem im „Volksblatt" veröffentlichten Bericht über die Generalversammlung des Volksfeuerbestattungsvereins Halle wird in der üblichen Weise die Hetze gegen den AKV weiter getrieben. Nach Auffassung der Sozialfaschisten handelt es sich bei den Auseinandersetzungen im Volksfeuerbestattungsverein nur darum, die Gelder dieser Organisation für den AKV nutzbar zu machen. Die wirklichen Tatsachen werden vom „Volksblatt" auf den Kopf gestellt, um den Betrug an der Arbeiterschaft besser durchführen zu können.

So wird in dem Bericht behauptet, daß der AKV Halle vom Volksfeuerbestattungsverein 130 000 Mark geliehen, diese aber samt einen großen Teil der Zinsen noch nicht zurückgezahlt hätte. Bekanntlich handelt es sich um zwei Hypotheken, die auf zwei wertvolle Grundstücke des AKV eingetragen sind, womit also eine Sicherheit in bestimmter Höhe gewährleistet ist. Auf Treiben der sozialfaschistischen Bürokraten sollten dem AKV aber auch diese Gelder entzogen werden, deshalb erfolgte die Kündigung und als die Zahlung nicht erfolgen konnte, die Beantragung der Zwangsversteigerung. Die Zwangsversteigerung wurde bisher durch Verhandlungen vermieden. Soweit es in Kräften der Verwaltung stand, und es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen überhaupt möglich war, sind die rückständigen Zinsbeträge an den Volksfeuerbestattungsverein bis auf einen Restbetrag bezahlt. Wenn bisher die Zahlung der geforderten 30 000 Mark, der Hälfte einer auf einem Grundstück eingetragenen Hypothek von 60 000 Mark bisher nicht erfolgen konnte, so dies aus den gleichen Gründen.

Für jeden einsichtigen Menschen ist es klar, das auch der Allgemeine Konsumverein als Arbeiterunternehmen von der Krise nicht unberührt bleiben kann, die das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem erschüttert. Die dem AKV bereiteten Schwierigkeiten.

der Vorstand des Volksfeuerbestattungsvereins hat erneut Zwangsversteigerungstermine beantragt,

liegen durchaus in der von der sozialfaschistischen Bürokratie eingeschlagenen Linie, den Vernichtungskampf gegen den AKV mit allen Mitteln weiter zu führen.

Es ist selbstverständlich, daß derartige Maßnahmen bei einem großen Teil der Mitglieder des Volksfeuerbestattungsvereins, die gleichzeitig Mitglieder des AKV sind, stärkste Empörung auslösen müssen. Mit der Generalversammlung ist diese Frage noch nicht abgeschlossen. Die Verwaltung des AKV hat in jeder Beziehung den ehrlichen Willen bekundet, die mit dem Vorstand des Volksfeuerbestattungsvereins getroffenen Vereinbarungen einzuhalten. Es wird nicht mehr gefordert, als daß der Vorstand des Volksfeuerbestattungsvereins den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trägt, wie er es gegenüber anderen Stellen für eine Selbstverständlichkeit hält. Werden die angesetzten Zwangsversteigerungstermine durchgeführt, dann hat die Arbeiterschaft erst recht allen Anlaß, gegen derartige sozialfaschistische Zerstörungsmaßnahmen den schärfsten Kampf zu führen."

Achtung, Jungproleten, Tritt gefaßt!

Am Freitag, dem 4. September, führt das revolutionäre Jungproletariat von Halle eine Werbe- und Propagandademonstration als Auftakt zum Internationalen Jugendtag durch.

Antreten 5/7 Uhr abends auf dem Weingärtenplatz. Von dort aus Demonstration nach dem Wettinerplatz. Im Anschluß an die Demonstration geschlossene Teilnahme an der um 20 Uhr im „Volkspark" stattfindenden Massenversammlung des AKJ Halle.

Alle Jungproleten, Jungsportler und die gesamte Arbeiterschaft beteiligen sich an dieser Mobilmachung der revolutionären Jugend zum Internationalen Jugendtag! KJVD und KPD, Halle.

Die Betriebe protestieren

Eine am 31. August stattgefundene Belegschaftsversammlung der Engelhardt-Brauerei nahm einstimmig eine Entschließung an, in welcher gegen den Leistungsabbau in der ADA-Halle protestiert wird. Die Verfasserin der ADA in der Engelhardt-Brauerei erkennen an, daß einzig und allein nur die Vertreter der KPD die Interessen der versicherten Arbeiter wahrnehmen.

Schikanen auf dem Arbeitsamt

Ein erwerbsloser Arbeiter macht uns folgende Mitteilung. Als ich am Montag, dem 31. August, auf dem Hallischen Arbeitsamt in der Hilfsarbeiterabteilung stempeln wollte, waren die Türen des Stempelraumes verschlossen. Es war, da ich mich ein wenig verspätet hatte, 9.35 Uhr geworden. Auch eine Reihe anderer Kollegen hatte sich verspätet. Als wir zum in dieser Abteilung vorstellig wurden und nachstempeln wollten, wurde uns erklärt, daß dies im Zimmer 128 bei Herrn Dr. Nagel erledigt werde. Im Zimmer 128 erklärte man uns nun wieder, daß nicht nachgestempelt würde und es wurde uns eine Moralpredigt über Pünktlichkeit gehalten. Man wies uns auch darauf hin, daß wir uns mit einer schriftlichen Beschwerde an das Arbeitsamt wenden sollten. Wir würden dann offiziellen Bescheid bekommen, aber das würde mindestens acht Tage dauern. So springt man also mit den Erwerbslosen um. Die meisten Kollegen haben einen langen Weg bis zum Arbeitsamt. Wenn sie sich dann einige Minuten verspäten, dann wird einfach nicht mehr gestempelt und die Unterstützung für den betreffenden Tag abgezogen. An allen erwerbslosen Kollegen liegt es, durch geschlossenen Protest dafür zu sorgen, daß mit solchen Schikanen Schluß gemacht wird.

Ein Auto geht durch

Am 29. 8., gegen 2 Uhr, fuhr in der Artillerielstraße 50 ein Personenauto beim Wenden in den Straßengraben. Als der Führer, der den Motor laufen ließ, mit Hilfe anderer Personen den Kraftwagen aus dem Graben zu heben versuchte, setzte sich dieser plötzlich in Bewegung und fuhr etwa 100 Meter auf einen Kartoffelacker und dann gegen einen Gartenzaun. Der Zaun wurde eingedrückt. Der Wagen leicht beschädigt. Niemand verletzt.

Radfahrer unterm Lastauto

Am Sonnabend überfuhr ein Sangerhäuser Lastauto einen Radfahrer tödlich. Das Auto wollte nach Sangerhausen. Während es durch die Pecsener Straße fuhr, überholte es einen Radfahrer. Plötzlich merkte der Chauffeur, daß an dem Wagen etwas nicht stimmte. Er bremste sofort und mußte feststellen, daß der Radfahrer unter dem rechten Hinterrad lag. Der Verletzte blutete stark. Bei dem Unfall war eine Flasche, die der Radfahrer mit sich führte, in Scherben gegangen. Die Splitter lagen auf der Straße umher. Sofort wurde die Sanitätskolonne alarmiert, die in wenigen Minuten zur Stelle war. Im Krankenhaus, in das der Verletzte sofort gebracht wurde, starb der Verunglückte, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Walhalla-Theater

Varieté ist Trumpf

Eine neue Luft erfüllt das Walhalla-Theater — Varieteluft. Ein erstklassiges Varieteprogramm mit artistischen Höchstleistungen, Tanz und einem guten Schuß Humor geht diesmal über die Bretter. Auftakt: 3 Warells in einem Grotesk-Springakt. Mit erstaunlicher Leichtigkeit wirbeln die Künstler über den „kreternen" Erdboden hinweg und geben gewissermaßen das Tempo des Abends an. Eine Mischung von Akrobatik und vollendeter Tanzkunst sind die Tanzattraktionen von Lo-Danis und Miß Viviana. Den temperamentvollen Tänzerinnen wird reicher Beifall zuteil. Wenige Sekunden später bekommen die Lachmuskeln zu tun: Emil Glaas „macht Geräusche". Er weint wie ein Baby und singt „entzückend" wie eine dreijährige Göhre — und das Publikum lacht Tränen. Eine Originalnummer, die Halle noch nicht gesehen hat. Lil und Peggi Stone erweisen sich in der Nummer „Ladies an zwei Flügeln" als vortreffliche Klaviervirtuosen. Ihre mit viel Charme vorgetragenen und sangliich untermalten musikalischen Leistungen finden lebhaften Beifall. Zwei „Knock Jungs" — Peters und Billy — betätigen sich als unübertreffliche Exzentriker und Fastspringer. Sie sorgen nebenbei für Stimmung und bringen mit ihrem urwüchsigen Humor das Publikum mehr als einmal außer Rand und Band.

Die Hauptattraktion des Abends: Enrico Rastelli in „Fußball ist Trumpf". Rastelli ist zweifellos der beste Fußballspieler der Welt. Er schießt zwar keine Tore, sondern er „nimmt" die Bälle, die in großer Zahl aus allen Ecken „angeflogen" kommen mit meisterhafter Technik auf den Fuß, auf den Kopf, auf das Knie, auf den Zeigefinger oder auch auf die Nase — wie er es gerade will. Die fallenden, rotierenden und fliegenden Bälle landen alle auf Rastellis durchtrainiertem Körper, sie sind ein Spielzeug seiner Muskeln, seines Willens. Wie Rastelli — der außer den Fußbällen noch andere Sachen meistert — das macht, bleibt sein Geheimnis. Er ist ein Phänom auf dem Gebiet des Jonglierens. Der Beifall und der Jubel des Publikums war groß. Zum Schluß stürmische Heiterkeit: Piere Price Comp. — drei weltberühmte Musikal-Clowns parodieren den Meister Rastelli und machen noch tollere Späße, mit denen sie außerordentliche Heiterkeitserfolge erzielen. Die neue Direktion hat mit diesem ausgezeichneten Programm einen guten Griff gemacht. Hoffentlich verbannt sie auch in Zukunft das Varieté nicht restlos aus dem Spielplan. hr.

Gegen Massennot und Teuerung

Organisiert die rote Selbsthilfe der Werktätigen!

So lautet das Thema einer großen öffentlichen Massenversammlung, zu welcher der Allgemeine Konsumverein Halle aufruft. Die Versammlung findet am Freitag, dem 4. September im großen Saale des Volksparks statt. Referent ist Genosse Karl Ertinger, Geschäftsführer des AKV.

Alle werktätigen Verbraucher, alle Erwerbslosen und Betriebsarbeiter, alle Jungproleten, die Mieter, die Versicherten, alle Gemeindearbeiter müssen in dieser Versammlung restlos erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310902-19/fragment/page=0006

Einer — einen

Die Funktionäre der Ortsgruppe Halle haben in der Besprechung am Montag für die Pressewerbung die Losung „Einer — einen“ aufgestellt. Das heißt, jeder Genosse und jede Genossin ist verpflichtet, zumindest einen Abonnenten zu werben. Wir unterstreichen: zumindest, denn es gibt schon jetzt eine ganze Reihe von Genossen, die bereits mehr als einen Abonnenten für den „Klassenkampf“ und mehr als ein neues Mitglied für die Partei geworben haben. So hat z. B. ein Genosse in Schkeuditz, wie wir bereits mitgeteilt hatten, dreißig neue Abonnenten geworben. Der Genosse ist darüber hinaus fest entschlossen, die Zahl auf 50 zu erhöhen.

Nachstehend veröffentlichen wir eine Zuschrift, in der ein Genosse schildert, wie er seinen Abonnenten warb: „Am Freitag, beim erstmaligen Wiedererscheinen des „Klassenkampf“, hatte meine Zelle 50 Exemplare zum Verkauf bestellt. Ich erhielt fünf Stück, die ich absetzen mußte. Wider Erwarten ging die Sache glatt. In knapp 20 Minuten war ich meine fünf Exemplare los. Am vergangenen Sonntag, dem ersten Großwerbetag, nahm ich mir nun vor, meine „Kunden“, d. h. die Kollegen, denen ich schon einmal eine Zeitung verkauft hatte, aufzusuchen. Ich vertrat die Auffassung, daß ein Proletarier, der einmal mit Aufmerksamkeit den „Klassenkampf“ gelesen hat, ihn auch abonnieren wird. Meine Annahme ging nicht fehl. Von den fünf Kollegen waren drei nicht zu Hause. Von den übrigen zwei war es mir möglich, einen zum abonnieren des „Klassenkampf“ zu veranlassen. Ich unterhielt mich längere Zeit mit dem Kollegen und weiß nun, daß die Sympathie für die Kommunistische Partei und ihre Presse unter den Werktätigen sehr groß ist. Sie haben jedoch eine Reihe Hemmungen, die sie vom Eintritt in die Partei und vom abonnieren des „Klassenkampf“ vorerst noch abhalten. Diese Hemmungen kann man in einer kameradschaftlichen Diskussion, insbesondere dort, wo die Kollegen bereits Gelegenheit hatten, unter Führung der Kommunistischen Partei Kämpfe zu führen, leicht überwinden.“

Wir begrüßen es, daß der Genosse uns die Erfahrungen aus seiner Werbearbeit mitgeteilt hat. Die anderen Werber sollen das Gleiche tun. Je mehr wir die Erfahrungen gegenseitig austauschen, desto größer der Erfolg. Aus der Zuschrift des Genossen geht insbesondere die Notwendigkeit hervor, nicht nur feste Abonnenten für den „Klassenkampf“ zu werben, sondern auch einen regelmäßigen

Einzelverkauf zu organisieren.

Es ist schon so, wie der Genosse sagt: Wenn ein Werktätiger einmal Gelegenheit bekommt, unsere Zeitung zu lesen, wird er sie sehr bald auch abonnieren.

SPD-Dittmann in Eisenach

Der Arzt am Sterbelager des Kapitalismus
Die Proleten antworten mit Eintritt in die KPD

Am vergangenen Sonnabend veranstaltete die SPD in Eisenach eine Versammlung, zu der sie sich Dittmann als Referenten verschrieb. Mut zu seinem Referat sollte ihm wohl erst das von nur etwa 20 Mann des sonst etwa 200 Mann stark singenden sozialdemokratischen Arbeitersängerchores von Eisenach vorgetragenen Revolutionsliedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ machen. Seine Ausführungen befaßten sich mit nichts weiter als mit einer Beschimpfung des Nazi-Studienrates Hille, der ihn (Dittmann) und seinen Parteifreund Crispien in eine angeblich falsche Beziehung zu einem französischen Offiziersspion vor langer Zeit gebracht haben soll, woraufhin Hille in einem von Dittmann und Crispien angestrengtem Prozeß eine die beiden Genannten rechtfertigende Erklärung abgegeben habe. Redezeit für diese heute keinen Menschen mehr interessierende Belanglosigkeit: eine volle Stunde. Die weitere halbe Stunde seiner langweiligen von Wiederholungen strotzenden Ausführungen befaßten sich mit der Entwicklung des Weltkrieges und der fragwürdigen Haltung der damaligen Volksbeauftragten, die mühsam gerechtfertigt werden sollte, als sie den Versailler Vertrag unterschrieben. Alles nichts weiter, als eine unglückliche Aufwärmung von Dingen, in denen gerade die SPD-Führerschaft wirklich keine rühmenswerte Rolle spielte. Dittmann entschuldigte u. a. die Unterschrift der SPD-Volksbeauftragten auch damit, daß das Volk unbedingt eine Atempause brauchte und auch Lenin unter diesem Gesichtspunkt den damaligen Frieden von Brest-Litowsk gutgeheißen hätte, vergaß aber, daß Lenin und seine Partei in der Zwischenzeit zur Verwirklichung des Marxismus und zum sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion geschritten ist, während die deutsche SPD in derselben Zeit sich auf kapitalistische Lorbeeren gesetzt hat und darauf eingeschlafen ist. Zum Schluß seiner Rede kamen noch einige ganz sanfte Anrempelungen für die Kapitalisten, die an allem schuld sind. Das war alles.

Kein Wort vom revolutionären Inhalt des Marxismus!

Kein Wort vom Sturz des Kapitalismus!

Kein Wort Protestes gegen Brüning!

Die langatmigen Ausführungen wurden naturgemäß mit viel Unruhe und Unmut von der Versammlung aufgenommen.

Mit Angst und Bangen wurde dann nur einem Diskussionsredner (unserem Genossen Dietz) das Wort zu einer 15-Minuten-Rede erteilt, in der Dietz den Verrat der SPD-Führer geißelte. Der schon seit Monaten übliche Ausgang der Aussprache war auch hier wieder: der offen erklärte Eintritt eines ehemaligen revolutionären Nationalsozialisten Klußmann in die KPD, dem weitere Uebertritte von Mitgliedern der SPD in die KPD folgen werden. Klußmann wollte ebenfalls reden, man versagte ihm aber die Diskussion. Unsere mit etwa 500 bis 600 Mann vertretenen Genossen (die Nazi-Partei war nicht erschienen, weil sie ja Arm in Arm mit der SPD für Brüning regiert, und nicht stören wollte) begrüßten Klußmann mit einem dreifachen, alles übertönenden brausenden „Sturmbereit“. Dittmann lebte darauf wirklich noch und bedauerte lahm im Schlußwort, daß die Genossen der KPD „der Sozialdemokratie in den Rücken fielen“. Unsere Genossen konnten sich aber der Dürftigkeit des „großen“ Dittmann in der Argumentation nicht mehr erwehren und kehrten der Versammlung, ohne den Schluß abzuwarten, den Rücken.

Wir rufen den verratenen SPD-Genossen zu: Kommt zu uns, wir, das vereinte revolutionäre Proletariat, wollen den Marxismus auch in Deutschland verwirklichen.

Die roten Burgen — uneinnehmbar!

Die Faschisten werden auch in Zukunft nichts ausrichten können

Das große NSDAP-Maul — und nichts dahinter!

Die faschistische Presse der letzten Tage betont wieder einmal die Absicht der NSDAP, **in die Betriebe einzudringen.** Es erscheinen Leitartikel, dreispaltige Ueberschriften und ganze Seiten. Dieses geradezu hysterische Geschrei hat die in den Führerkreisen der NSDAP wachsende Erkenntnis zur Ursache, daß die **Kommunistische Partei** der unbestrittene **Kampfführer der Betriebsarbeiter** ist und es bleiben wird, solange es der NSDAP nicht gelingt, breite Betriebszellen aufzubauen.

Nachstehend einige Auszüge aus Artikeln, die in den letzten Nummern des Berliner „Angriff“ erschienen sind.

„Wir müssen von nun ab mehr als bisher den Marxismus in seiner eigentlichen Domäne aufsuchen und ihn hier zum Kampf herausfordern. Darum heißt unsere neue Parole: „Hinein in die Betriebe!“

In einem Artikel des „Angriff“ wird auch die Parole herausgegeben, die reformistischen Gewerkschaften zu erobern. Dabei wird behauptet, daß die NSDAP sich nicht gegen die Gewerkschaften an sich wendet, sie wolle lediglich die Gewerkschaften noch mehr als bisher zu willenlosen Instrumenten der Finanz- und Trustkapitalisten machen. Wörtlich:

„Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer wird es immer geben, solange es Menschen gibt. Nur dürfen diese Gegensätze nicht so ausgetragen werden, daß sie der gesamten Nation zum Nachteil gereichen. Damit dies nicht geschehen kann, hat die Regierung mit wachendem Auge die Entwicklung der Dinge zu verfolgen und rücksichtslos gegen den vorzugehen, der das Volk schädigt, gleich, zu welcher Wirtschaftsgruppe er gehört.“

Wir sind es gewohnt, daß die nationalsozialistischen Volksbetrüger das Maul sehr voll nehmen. Das ist ihre starke Seite. Ihre schwache Seite besteht unzweifelhaft darin, daß es ihnen bisher nicht möglich war, einen Einbruch in die Front der revolutionären Arbeiter zu machen. Dieser Einbruch wird auch in Zukunft nicht gelingen, das sollen sie sich gesagt sein lassen.

Gewiß, die Führer der reformistischen Gewerkschaften verlieren ihren Einfluß wie auf den Stempelstellen, so auch in den Betrieben. Doch die Proleten, die diesen sozialfaschistischen Verrätern die Gefolgschaft versagen, marschieren nicht zu Hitler und nicht zu Goebbels. Sie marschieren zur Partei Karl Liebknechts, zur Partei Lenins! Diese Proleten wissen, daß Faschisten und Sozialfaschisten nur zwei verschiedene Spielarten ein und derselben Sache sind.

Beide sind sie Unternehmerknechte.

Beide wollen sie den kranken Kapitalismus dadurch kurieren, daß sie Millionen Proleten hungern lassen und den Kindern das Brot vom Tische nehmen. Die Proleten können aus den verschiedensten Betrieben berichten, daß im Kampf gegen die roten Betriebsräte NSDAP und SPD ein Herz und eine Seele sind. Ein Beispiel von vielen:

Bei Film, Wolfen, stimmten die Nazi-Betriebsratsmitglieder bei der Wahl des Vorsitzenden für den SPD-Kandidaten. Bei der Wahl des Vertreters in das Kuratorium des Erholungsheims Dammbach der IG wurde in Wolfen ebenfalls ein Sozialdemokrat mit den Stimmen der nationalsozialistischen Betriebsräte gewählt.

Die NSDAP-Demagogen werden sich die Zähne ausbeißen. Die Betriebe sind unser — und werden es bleiben. Je mehr die Kapitalisten und ihre national- und sozialfaschistischen Knechte die Hungeroffensive verschärfen, je mehr sich die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems erweist, dem Volke Arbeit und Brot zu geben, desto kühner erheben die Betriebsproleten die rote Fahne — bis der Tag kommt, an dem sie selbst die Produktion leiten und die Arbeitsbedingungen bestimmen werden!

Zeitungsverleger gegen Notverordnung

Die WP-Korrespondenz verbreitet eine Meldung über die Tagung der Hauptversammlung der Mitteldeutschen Zeitungsverleger, in der es u. a. heißt: Die Hauptversammlung der im Verein Deutscher Zeitungsverleger, Kreis Mitteldeutschland, zusammengeschlossenen Zeitungsverleger der Provinz Sachsen, der Länder Thüringen und Anhalt und des Regierungsbezirkes Kassel hat sich am 30. August in Weimar in eingehenden Beratungen mit der wirtschaftlichen Lage der Tagespresse beschäftigt. Die Berichte aus allen Teilen Mitteldeutschlands ergaben übereinstimmend, daß die Zeitungsbetriebe unter der wirtschaftlichen Krise schwer zu leiden haben, da bei erheblichem Umsatzrückgang keine Senkung der Betriebsunkosten (?) eingetreten ist. Wenn trotzdem der in den letzten Jahren entwickelte hohe Stand der Leistungen der Tagespresse aufrecht erhalten wurde, so war das in den meisten Fällen nur unter Opfern der Unternehmungen (wer lacht da?) möglich. Zur Pressenotverordnung nahm die Hauptversammlung folgende Entschließung an:

„Die Pressenotverordnung und ihre Handhabung mit den Zeitungsverboten, die der Pressefreiheit ein Ende bereitet hat, haben für das deutsche Zeitungswesen einen Zustand der Unsicherheit geschaffen, der unerträglich ist. Aus ideellen sowohl wie wirtschaftlichen Gründen erheben wir gegen diese Knebelung der Geistesfreiheit Einspruch und fordern Wiederherstellung des in der Pressefreiheit verfassungsmäßig gewährleisteten Staatsbürgerrechtes.“

Sozialfaschistische Verräter am Werk

Eine zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, Magdeburg, und dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Wagenverkehrs, Bezirk Mitteldeutschland, stattgefundene Aussprache über die technische Durchführung der zentralen Vereinbarung vom 22. August betreffs Angleichung der Staats- und Gemeindearbeiterlöhne an die Reichsarbeiterlöhne hat zu einer Verständigung geführt. Danach kann die vorgeschriebene Kürzung der Löhne der Staats- und Gemeindearbeiter bei den Mitgliedsverwaltungen des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes ab 27. August reibungslos vorgenommen werden.

„Nationale Selbsthilfe“ wird durchgeführt

WP. Aschersleben. Die Magistratssitzung beschloß, sich in der Frage der Fürsorgesätze dem Vorgehen Halberstadts anzuschließen, das nach einem Bericht des Bürgermeisters Kleeis-Aschersleben die Sätze in der allgemeinen Fürsorge auf 32 Mark und in der gehobenen Fürsorge auf 40 Mark senken will. Ferner wurde ein Bericht des Bürgermeisters angenommen, nach dem 1. die Leistungen in der gehobenen Fürsorge nicht über 25 v. H. gegenüber denen in der allgemeinen Fürsorge hinausgehen sollen. 2. Neben den Geldleistungen sollen Sachleistungen nicht gewährt werden. In dringenden Fällen sollen letztere auf erstere angerechnet werden. Das gilt nicht für die Kranken- und Wochenfürsorge. 3. Der Arbeitsverdienst und sonstiges Einkommen sollen auf die Geldunterstützung angerechnet werden. Jedoch können in einzelnen Fällen Ausnahmen gestattet werden. 4. Die Unterstützungsgelder an eine Familie sollen im Höchstfalle neun Zehntel des Lohnes einer Landarbeiterfamilie betragen. 5. Die Zuschläge zu den Unterstützungssätzen bleiben wie bisher 50 Prozent für die Ehefrau bzw. 25 Prozent des Richtsatzes für Kinder.

Quedlinburg. Der Magistrat hat die Wohlfahrtsunterstützungsrichtsätze um ein erhebliches herabgesetzt. Zum Teil werden 15 Prozent weniger gezahlt. Der Anlaß zu dieser Maßnahme war die allgemein bedrängte Finanzlage der Gemeinden.

Der Ausweg aus der Krise?

Vergangene Woche wurde auf verschiedenen Braunkohlengruben eine weitere Feierschicht eingelegt. Als „Ersatz“ für den fehlenden Lohn erhielten die Kumpels am Lohntage eine Broschüre mit dem Titel: „Warum arbeitslos“? Die Broschüre, die von den Unternehmern und der Werksgemeinschaft herausgebracht wurde, stellt eine Reihe von Behauptungen auf, die in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Insbesondere wird behauptet, daß eine Verringerung der Löhne zur Behebung der Arbeitslosigkeit und Beseitigung der Wirtschaftskrise führe. Wir werden am Freitag im Rahmen einer Sonderseite auf die Broschüre der Unternehmer eingehen und fordern unsere Genossen auf, für eine möglichst große Verbreiterung unserer Zeitung Sorge zu tragen!

Die gesamte Ernte vernichtet. Einen Tag nach dem großen Brande in Kriecheldorf wütete ein zweites Großfeuer in Klein-Gerbstedt, wobei drei Wirtschaftsgebäude eines Bauernhofes eingeäschert wurden. Das Feuer brach während des Dreschens in der Scheune des Landwirts Booß aus und griff von allen Seiten so schnell um sich, daß die Leute sich selbst recht schnell in Sicherheit bringen mußten. Nachdem man aus den angrenzenden beiden Stallgebäuden das Vieh entfernt hatte, waren auch diese von den Flammen ergriffen und brannten nieder. Das Wohnhaus selbst konnte von den Wehren gehalten werden. Die gesamte Ernte ist mitverbrannt, ebenso die Schrotmühle, die Dreschmaschine und andere Geräte.

Verhaftung von Falschmünzern. In der letzten Zeit fiel es immer wieder auf, daß in Salzwedel und im Hannoverschen falsche Fünfmarkstücke in Umlauf gesetzt wurden. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß in einem hiesigen Geschäft wiederholt Stahlstempel, Kupferstücke und andere Metalle gekauft worden waren. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei von Salzwedel und Harburg in Verbindung mit der Landjägerei haben nun zur Verhaftung zweier Personen in Wustrow (Kreis Lüchow) geführt, die im dringenden Verdacht stehen, die Falschstücke hergestellt zu haben.

Verhaftet unter dem Verdacht der Brandstiftung. In Berga wurde ein Landwirt unter dem Verdacht der Brandstiftung und des Versicherungsbetruges verhaftet. Ihm wird zur Last gelegt, im Februar seine Scheune angezündet zu haben.

Freitod oder Unglücksfall? Auf der Bahnstrecke nach Kaderschleuse wurde nachts ein Magdeburger Kaufmann überfahren. Man fand ihn morgens tot zwischen den Gleisen. Ob Freitod oder Unglücksfall vorliegt, muß die Untersuchung erst ergeben.

Mühlberg a. E. Am Sonnabend, dem 5. September, 20 Uhr, findet im Ratskeller in Mühlberg eine Werbekundgebung der Arbeiter-Esperantisten statt. Die proletarischen Esperantisten haben sich zum Ziele gesetzt, die internationale Sprache Esperanto in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen. Vermittels Esperanto soll eine engmaschige Verbindung von Proletarier zu Proletarier, von Land zu Land hergestellt werden. Die proletarische Esperanto-Bewegung hat in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht und wird von der herrschenden Gesellschaft schon als Gefahr gewertet, wie die Verfolgungen der Bewegung in den weißen Ländern und selbst in Deutschland zeigen. In Mühlberg hat man jedoch bisher noch nichts oder wenig von alledem gemerkt. Besucht darum zahlreich die Werbekundgebung und holt euch Aufschluß über Zweck und Ziel der proletarischen Esperantisten, die im Rahmen der proletarisch-revolutionären Kulturbewegung aktiv mitwirken an der Vorbereitung der siegreichen Weltrevolution.

Landarbeiter tödlich verunglückt. Auf eigenartige Weise kam der Landarbeiter Friedrich in Stackelitz ums Leben. Beim Schieben einer Karre rutschte er aus und schlug mit dem Kopf auf die Karre, wobei er sich einen Schädelbruch zuzog, der bald darauf seinen Tod zur Folge hatte.

26

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310902-19/fragment/page=0007

AUS DEM BEZIRK

Mittwoch, den 2. September 1931.

Hallo, die neue Bauernzeitung ist da!

Soeben erscheint die September-Nummer der „Neuen Deutschen Bauern-Zeitung". Um es vorweg zu sagen: Die Zeitung gehört nicht allein in die Hand jedes Bauern, sondern auch der revolutionären Arbeiter. Besonders der kommunistische Landobmann findet hier reichhaltiges Material zu seiner Orientierung über Leben und Kampf der werktätigen Bauernschaft. Der Leitartikel gibt Antwort auf die von jedem Werktätigen gestellte Frage:

„Was ist und was soll werden?" Ein Brief des Reichsbauernbundes an die Reichsregierung enthält die dringendsten gegenwärtigen Bauernforderungen und ein „Brief an die Bauern" zeigt letzteren die Kampfaufgaben an der Seite der Arbeiterschaft. Beispiele über Zwangsversteigerungen und gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Bauern ergänzen dies.

Von besonderer Bedeutung ist eine Seite über die grundsätzliche Stellungnahme der Nationalsozialisten, des Brüning-Systems und der kommunisten zum bäuerlichen Eigentum.

Der Artikel über die Rückwanderung der Schweden-Russen in das Land des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstiegs der Arbeiter und Bauern, nach Sowjet-Rußland findet eine gute Gegenüberstellung in der Schilderung des Bauernelends und des Bauernlegens im faschistischen Italien.

Aktuelle, statistische Agrarmaterialien, Nachrichten über wichtige politische Ereignisse im In- und Auslande, eine Abhandlung über die Rolle des Freiherrn von Stein und die Frage „Kein-Kinder-System" neben viel anderem Wissenswerten finden wir in dieser 16 Seiten umfassenden Nummer.

Sorgt für weiteste Verbreitung! Verkaufspreis 10 Pf. Bestellungen direkt beim Verlag Neues Dorf, Berlin W, Passauer Straße 37.

Weißenfels-Zeitz

Schwarzjahrt der SPD-Bonzen

A.-K. Zeitz. Während man im Schwindelboten die Arbeiterschaft auf die neuesten Sparnotverordnungen vorbereitet, saufen die Vetteter und Verfechter des Artikels 48 mit der Bonzenlimousine in unserem lieben Nachbarstaat, im Thüringer Ländle, herum. Der gunstige Wind hatte einige unserer Genossen nach Weimar geweht, und dort hatten sie Gelegenheit, die Bonzen vom „Volksboten" bei ihrer schweren geistigen Nachtarbeit zu bewundern. Der Stadtverordnetenvorsteher Goldstein war gegenüber der niedlichen Namensbedienung die Liebenswürdigkeit selbst. Der Ausruf eines unserer Genossen „Unsere sieben Stadträte sind ja auch hier", wurde mit einem bolchartigen Blick Goldsteins beantwortet. Die feuchtfröhliche schwere Nachtsitzung der Goldstein, Hopf und Konsorten fand in einem der bekannten ersten Animierlokale von Meuselwitz, im „Thüringer Hof", statt.

SPD-Arbeiter, gebt zum Vergnügungsfonds eurer Bonzen! Benzin kostet Geld.

Naumburg. Schlechter Verkehr bei der Straßenbahn. Die Tarifermäßigung bei der Straßenbahn hat nicht die erwartete Steigerung des Verkehrs gebracht, so daß wieder der alte Tarif eingeführt wurde, um den Einnahmeausfall zu decken. Wenn die Benutzung der Straßenbahn weiter so schlecht wie gegenwärtig ist, besteht die Gefahr, daß der Verkehr weiter eingeschränkt oder ganz eingestellt wird.

Weißenfels. Warnung vor einem Schädling. Ein besonderer Schädling der Arbeiterbewegung ist der Aucharbeiter Gauß, Weißenfels, Bergstraße 18. Nicht nur, daß er versucht hat, einzelne Mitglieder des Erwerbslosenausschusses zu verdächtigen, in der letzten Zeit arbeitet er sogar mit Verdächtigungen der leitenden Genossen der Erwerbslosenbewegung, indem er behauptet, die Genossen gingen zu den einzelnen Arbeitslosen, die vom Ausschuß vertreten worden sind, und holen dort mit großen Aufsätzen bewaffnet Lebensmittel ab als Entgelt für ihre Tätigkeit. Fest steht, daß der Gauß nicht nur den Paragraph 51 besitzt, sondern dieses Element versucht, weil ihm infolge seiner arbeiterschädlichen Tätigkeit der Aufenthalt im Erwerbslosenbüro verlagt worden ist, die gesamte Erwerbslosenbewegung zu untergraben. Wir warnen daher die Arbeitslosen vor diesem Menschen.

Freyburg. Nazis ruinieren die kleinen Geschäftsleute. Der frühere Gauleiter Hintler, welcher damals hier wohnte, hat heute noch 80 Mark für Benzin an den kleinen Geschäftsmann Maul zu zahlen, desgleichen ist er ihm noch die Garagenmiete schuldig. Es stellen sich die Nazis das Dritte Reich vor. Kehrt dieser Partei den Rücken. Tretet ein in die KPD.

Delitzsch-Torgau

Reichsbannerzeitung in Lauchhammer

A.-K. Lauchhammer. Mit großem Tantam hatte das Reichsbanner für den vergangenen Sonntag einen republikanischen Tag angekündigt. 1000 Mann sollten kommen. Es waren aber alles in allem nur 500 erschienen. Wenn man bedenkt, daß für die Kreise Liebenwerda, Torgau, Schweinitz das Erscheinen Pflicht war, und daß auch Halle-Saalkreis zugesagt hatte, so war das Ergebnis wirklich kläglich. Auch Brandenburg, Schlesien und Lausitz sollten sich beteiligen. Zum Umkreis von 60 Kilometer haben sie also ihre Mannen auf die Beine gebracht, um diesen „Erfolg" zu buchen. An unserer Demonstration beteiligten sich 800 Mann, die aber alle aus dem Städtchen waren.

Es steht sehr schlecht um die Schützer der Republik. Das ist ja auch leicht erklärlich. Wer soll denn diese Republik, die täglich neue Verschlechterungen für die Arbeiterschaft bringt, noch verteidigen. Welch „glänzende Disziplin" herrschte, zeigte sich in Elsterhorngosda. Wegen einer Kleinigkeit war der Zug außer Rand und Band, so daß die Führer herumschimpfen mußten, daß erst auf Befehl die Reihen verlassen werden dürfen. Nun haben die Herrschaften wieder eine Weile Ruhe, denn so leicht werden sie ihre Schwäche nicht wieder zeigen. Unsere Aufgabe ist es, überall mit den Reichsbannerkameraden zu diskutieren und sie davon zu überzeugen, daß sie genau so wie die SA dazu mißbraucht werden, um die bankrotte kapitalistische Wirtschaft vor dem Ansturm des revolutionären Proletariats zu schützen. Unser Ziel muß sein, überhaupt einen Reichsbanneraufmarsch unmöglich zu machen.

Stopft den Verleumdern das Maul!

Zahlen zum Volksentscheid im Bezirk Halle-Merseburg

Die SPD und ihr brandleristisches Anhängsel geben sich nach wie vor die größte Mühe, das Märchen vom kommunistischen „Wählerstreik" beim Volksentscheid weiter zu kolportieren. Um ihre schamlose Verleumdung zu stützen, daß die Kommunisten den Faschisten geholfen haben, sind sie gezwungen, das Ergebnis des Volksentscheides so darzustellen, wie es auch die Nationalsozialisten tun, wie wenn nämlich der größte Teil der zehn Millionen Stimmen gegen die Preußen-Regierung von den Faschisten aufgebracht worden wäre und die Kommunisten nur ganz unbedeutend dazu beigetragen hätten. Irgendein zahlenmäßiger Beweis kann für diese Verleumdung nicht erbracht werden. Die Sozialfaschisten machen lediglich folgende Milchmädchenrechnung auf: Sie zählen die Stimmen der am Volksentscheid beteiligten nationalen Parteien vom 14. September zusammen und nehmen nun einfach an, daß zum Volksentscheid diese Stimmen hundertprozentig abgegeben worden sind.

Es ist bereits in der gestrigen Veröffentlichung des Zentralkomitees der KPD der Beweis erbracht worden, daß diese willkürliche Annahme falsch ist. Zu einer objektiven Beurteilung des Ergebnisses des Volksentscheids kann man nicht die Stimmen vom 14. September heranziehen, sondern man muß von den Eintragungen zum Volksbegehren ausgehen. Das KK weist nach, daß in den Wahlkreisen, in denen die Kommunisten stark sind, die größte Zunahme der Stimmen gegenüber dem Volksbegehren zu verzeichnen ist, während die Wahlkreise, die Hochburgen der Nazis waren, nur eine ganz geringe Zunahme aufweisen.

Das ist auch in Halle-Merseburg der Fall!

Dasselbe Bild ergibt sich innerhalb unseres Bezirks, wenn man die Stimmenzunahme gegenüber dem Volksbegehren zwischen den einzelnen Städten und Kreisen vergleicht.

Kreis	Volksbegehren	Prozent der Stimmberechtigten	Volksentscheid	Zunahme
Naumburg-Land	6 593	65	7 737	1 264
Eckartsberga	16 489	63	17 437	948
Schweinitz	14 177	53,9	15 381	1 204
Naumburg-Stadt	10 539	53	14 372	3 833
Kreis Querfurt	23 682	52	29 206	5 684
Torgau	17 924	47,3	24 854	6 930
Mansfelder Seekreis	21 082	41	29 429	8 347
Eisleben-Stadt	6 266	39	9 310	3 044
Mansfelder Gebirgskreis	15 338	38,8	19 907	4 569
Liebenwerda	18 655	36,7	29 485	10 830
Halle-Stadt	54 456	36,6	81 854	[illegible]
Sangerhausen	17 726	35,9	21 186	3 460
Wittenberg-Land	11 997	34,3	[illegible]035	5 056
Merseburg-Land	18 330	32,[illegible]	31 404	13 074
Delitzsch	21 051	[illegible],6	32 374	11 323
Weißenfels-Land	16 [illegible]	32,4	26 431	9 759
Saalkreis	[illegible] 604	31,8	35 651	18 047
Zeitz-Stadt	7 344	30,6	11 091	3 747
Wittenberg-Stadt	4 448	25,9	9 112	4 664
Bitterfeld	17 074	25,8	33 849	16 775
Merseburg-Stadt	4 752	23,9	8 931	4 179
Zeitz-Land	5 713	23,8	9 442	3 729
Weißenfels-Stadt	5 658	21,6	12 963	7 305

Wir sehen also auch aus dieser Tabelle mit voller Klarheit, daß dort, wo die Faschisten außerordentlich stark waren, wo sich, wie in den Kreisen Eckartsberga, Naumburg und Schweinitz über 50 Prozent der Stimmberechtigten zum Volksbegehren eintrugen, beim Volksentscheid nur ein ganz geringfügiger Stimmenzuwachs festzustellen ist. Aber dort, wo die Faschisten wenig Einfluß haben, in den Hochburgen der Kommunisten, Saalkreis, Bitterfeld, Wittenberg, Merseburg, sind zum Volksentscheid fast doppelt so viel Stimmen abgegeben worden wie zum Volksbegehren. Im roten Saalkreis sogar mehr als das Doppelte.

KPD-Vormarsch auch in Weißenfels und Zeitz

Ganz besondere Beachtung verdienen die Zahlen aus den Hochburgen der SPD: Weißenfels und Zeitz. Es wird niemand behaupten, daß die Faschisten hier stark sind — die Faschisten hatten hier prozentual die niedrigsten Eintragungen zum Volksbegehren im ganzen Bezirk — und gerade hier sehen wir jetzt die stärkste Steigerung gegenüber dem Volksbegehren: Weißenfels-Stadt von 5658 auf 12 963 Stimmen, Zeitz-Land von 5713 auf 9442 Stimmen. Und diese Resultate trotz der ungeheuren Hetze und des schärfsten Terrors der SPD-Bonzen.

Faschisten haben ihre Stimmenzahl nicht erhöht

Der Beweis dafür, daß die Faschisten zum Volksentscheid nicht mehr Stimmen aufgebracht haben als zum Volksbegehren, wird noch deutlicher, wenn man die Einzelergebnisse der einzelnen Gemeinden untersucht. So kann z. B. im Mansfelder Seekreis feststellen, daß von 86 Ortschaften des ganzen Kreises 29 Orte beim Volksentscheid weniger Stimmen aufgebracht haben, als Eintragungen beim Volksbegehren erfolgt sind. Diese 29 Orte sind ausgesprochene Hochburgen der Nazis und des Stahlhelms, in denen die Kommunisten am 14. September teilweise nur 2—4 Stimmen hatten. Auch im Kreise Eckartsberga, dieser ganz schwarzen Ecke, sind von 79 Orten in 36 Orten die Zahlen beim Volksentscheid unter denen des Volksbegehrens geblieben. Ebenso liegen im Landkreis Merseburg in 19 Orten die Ergebnisse des Volksentscheids unter oder nur wenig über denen des Volksbegehrens.

Hier ist besonders interessant, einzelne Orte miteinander zu vergleichen. Schafstädt ist z. B. eine ausgesprochene Hochburg der Faschisten. Hier waren die Eintragungen zum Volksbegehren mit 1069 Stimmen außerordentlich hoch, weit über 50 Prozent der Stimmberechtigten. Die Kommunisten hatten hier am 14. September nur 167 Stimmen bei 1644 Wahlberechtigten. Zum Volksentscheid sind hier 1162 Ja-Stimmen abgegeben worden. Das sind nur 93 mehr als zum Volksbegehren. Wie sieht es dagegen in den kommunistischen Hochburgen aus?

Ort	Volksbegehren	Komm. Stimmen am 14. 9.	Volksentscheid
Großlehna	65	408	534
Goddula	37	313	[illegible]
Günthersdorf	38	138	209
Lützen	679	1118	1921

Der rote Saalkreis — der beste Beweis!

Im Saalkreis gibt es nur wenige faschistisch verseuchte Orte, in denen der Einfluß der Kommunisten gering ist. In den Orten Dalena, Deutleben, Dobis, Neuß erreichten die kommunistischen Stimmen am 14. September weniger als 10 Prozent der Stimmberechtigten. Und ausgerechnet in diesen Orten sind zum Volksentscheid nicht mehr Stimmen als beim Volksbegehren abgegeben worden.

In den rotesten Orten des roten Saalkreises sieht das Ergebnis dagegen folgendermaßen aus:

Ort	Volksbegehren	Volksentscheid
Bruckdorf	58	437
Canena	98	498
Dieskau	102	475
Friedrichschwerz	3	138
Könnern	970	1871
Lettin	357	1041
Löbejün	586	1271
Möstlich	78	230
Nietleben	859	1833
Seeben	71	571

*

Diese Zahlen haltet allen unter die Nase, die es noch wagen, vom kommunistischen Wählerstreik zu faseln.

Die Lehren, die wir selbst aus dem Volksentscheid zu ziehen haben, sind bereits in der Veröffentlichung des Zentralkomitees dargelegt, so daß es sich an dieser Stelle erübrigt, noch einmal darauf einzugehen.

Internationaler Jugendtag in Nordhausen

Am 17. Internationalen Jugendtag werden die Jungwerktätigen Mitteldeutschlands in Zeitz, Wittenberg und Nordhausen aufmarschieren. Das Programm von Nordhausen liegt bereits vor:

Sonnabend, den 5. September

15—18 Uhr: Spiele von Rot-Sport. Fußball, Handball, Schwimmen, Boxen usw. auf dem Stadion.

19.30 Uhr: Antreten zum Fackelzug in der Grimmeallee (Drei Linden). Nach dem Fackelzug kameradschaftlicher Abend in den Lokalen: A. Buschbaum, Rumbach, und J. Schütt, Weidens.

Sonntag, den 6. September

6—7 Uhr: Wecken in allen Stadtteilen.

9—12 Uhr: Fortsetzung der sportlichen Veranstaltungen im Stadion.

9—11 Uhr: Geschlossene Funktionärsitzung der Funktionäre aller Organisationen.

11—12 Uhr: Blaskonzert in Salza vor dem Lokal „Friedenseiche",
Blaskonzert in Nordhausen, auf dem Klosterhof.

14 Uhr: Antreten zur Demonstration auf dem Klosterhof.
Abmarsch Punkt 14.30 Uhr!

16 Uhr: Kundgebung auf dem Neumarkt.

20 Uhr: Abendveranstaltung in Salza b. N. im Saale zum „Goldenen Löwen".

Es wirken mit: Arbeiter-Sänger Harmonie, Salza, Kraftsport Salza, Mandolinisten Heringen, Klarinetten-Abteilung des ASM, Pro-Bü-Ro, und Boxriege der roten Sportler (Sparta) Nordhausen.

Bankrotteure, Schwindler, Schmarotzer

Bankrott der sozialdemokratischen Kommunalpolitik

A.-K. Nonnewitz. Die Krise, in der sich der Kapitalismus in der ganzen Welt befindet, macht auch vor den Türen der kleinen Landgemeinden nicht halt. In Nonnewitz, einer Hochburg der linken SPD. war es am letzten Freitag

schon zum zweiten Mal nicht möglich, die Wohlfahrtsunterstützung in voller Höhe auszuzahlen.

Das erste Mal wurden an die Unterstützungsempfänger für den Rest der Unterstützung Gutscheine ausgegeben, auf die sie sich beim Krämer für dessen rückständige Steuern Ware holen sollten. Das andere Mal mußte der Steuererheber in letzter Minute zusehen, wo er Geld herbekam, damit wenigstens die Hälfte der Unterstützung gezahlt werden konnte. Die Schuld an dieser schlechten finanziellen Lage der Gemeinde kann durch kein Entschuldigungsgestammel des Gemeindevorstehers König von der SPD abgewälzt werden, denn der jetzt zutagetretende Bankrott der Gemeinden ist vor allem der Bankrott der ganzen Politik der SPD. Hier helfen keine Versuche, sich reinzuwaschen oder gar vor der Verantwortung zu drücken. Jeder sozialdemokratische Gemeindevorsteher hat versucht, Arzt am kranken Kapitalismus zu sein. Sie haben alles getan, was im Interesse des Kapitalismus notwendig war und was von ihrer Parteileitung vorgeschrieben wurde zur Unterdrückung der werktätigen Massen. Alles ist geschluckt worden, was der sozialdemokratische Innenminister Severing verordnete.

Wo waren die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, als es galt, den Kampf gegen die Diktatursteuern zu führen und den Kampf aufzunehmen gegen die Zerstörung der Selbstverwaltung durch Severing? Die kommunistischen Kommunalfunktionäre, die zum Steuerstreik aufriefen, wurden von sozialdemokratischen Landräten und Regierungspräsidenten gemaßregelt.

Die werktätigen Massen von Nonnewitz erkennen immer mehr, daß die Politik der SPD die Arbeiterschaft der Bourgeoisie wehrlos ausliefert. Sie haben bereits zum Teil erkannt, daß die Preußenregierung der Wegbereiter des Faschismus ist. Das zeigt die Stimmenzahl, die beim roten Volksentscheid trotz Terror von seiten der SPD in Nonnewitz abgegeben wurde. Auch in Nonnewitz kommt der Tag, wo die Werktätigen die Barriere des Sozialfaschismus restlos beseitigen werden, um zum Sieg des Proletariats vorwärtszuschreiten.

Merseburg-Querfurt

Großer Fehlbetrag im Schkeuditzer Stadtsäckel

Schkeuditz. Nach dem den Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung über die Finanzlage der Stadt gegebenen Bericht ist am Ende des Etatsjahres mit einem Fehlbetrag von rund 200 000 M. zu rechnen, der vor allem auf die Ausfälle von Gewerbesteuern und auf das Ansteigen der Erwerbslosenziffern zurückzuführen ist. Das Kollegium beschloß darauf, der Leha beizutreten und die bereits eingestellten Kanalisationsarbeiten in Schkeuditz-Ost wieder aufnehmen zu lassen.

Merseburg. Reiche Diebesbeute. Während der Abwesenheit des Möbelfabrikanten und Glasers Heidrich drangen Diebe in dessen Wohnung ein und entwendeten drei Sparkassenbücher, eine goldene Uhr und andere Schmuckfachen im Gesamtwerte von etwa 1000 Mark. Außerdem haben sie beim Durchsuchen der Wohnung die Möbel teilweise stark beschädigt.

Verantwortlich: Gustav Doll, Halle, für Politik, Lokales und Beilagen; Walter Werner, Tagewerben, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Bezirks und Gewerkschaften; Arthur Burkert, Halle, für Anzeigenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310902-19/fragment/page=0008